



**Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
24. Mai 2012**

Protokoll Nr. 28

**über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 8. März 2012, 13.30–17.35 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt**

Vorsitz:
Ratspräsidentin Korintha Bärtsch

Präsenz:
Anwesend sind 43 bis 46 Ratsmitglieder

Entschuldigt:
Edith Lanfranconi-Laube und Joseph Schärli je ganze
Sitzung, René Meier und Lucas Halter ab 16 Uhr,
Andreas Wüest ab 17 Uhr

Baudirektor Kurt Bieder entschuldigt sich ab 17 Uhr.
Im Übrigen ist der Stadtrat vollzählig anwesend.

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	4
2. Genehmigung der Protokolle 24 vom 10. November 2011, 25 vom 1. Dezember 2011 und 26 vom 18. Dezember 2011	6
3. Volksmotion 169, Daniel Galliker, Christoph Helmlin und Theodor Wydler namens der Anwohnerschaft Sternmatt und Steghof, vom 11. März 2011: Kein Hochhaus im Steghof!	6
4. Bericht und Antrag 2/2011 vom 11. Januar 2012: Leitbild Sport der Stadt Luzern	10
5. Interpellation 237, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 19. September 2011: Was passiert mit dem Flohmarkt an der Reuss?	20
6. Interpellation 207, Dominik Durrer, David Roth und Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch, Monika Senn Berger und Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 8. Juni 2011: Wann setzt die Stadt Luzern den Gegenvorschlag zur Städte-Initiative um?	21
7. Interpellation 222, Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 22. Juli 2011: Wie viele Luzerner haben keinen Schutzraumplatz?	21

8.	Interpellation 214, Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion, vom 6. Juli 2011: Polizei – Wie weiter bei den Vollzugsproblemen in der Stadt?	23
–	Dringliches Postulat 293, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. Februar 2012: „Fussverkehr“	27
9.	Interpellation 226, Edith Lanfranconi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 8. August 2011: Sommerbars	33
10.	Interpellation 221, Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 21. Juli 2011: Folgen der Luzerner Ausgeh-Meile	35
11.	Motion 225, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. August 2011: Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr	45
12.	Interpellation 215, Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion, vom 7. Juli 2011: Hunde an die Leine	47
13.	Postulat 232, Edith Lanfranconi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 31. August 2011: Zusammenarbeit zwischen Universität, Hochschule Luzern und Stadt Luzern durch einen Kooperationsvertrag stärken	49
14.	Postulat 229, Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 29. August 2011: Aufgaben des Wirtschaftsbeauftragten konsequent an nachhaltiger Entwick- lung ausrichten	50

Eingänge

1. Bericht und Antrag 3/2012 vom 1. Februar 2012: „Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KES)“
2. Bericht und Antrag 4/2012 vom 8. Februar 2012: „Neubau Stadtarchiv. Baurechtsvertrag; Ausführungskredit“
3. Bericht und Antrag 5/2012 vom 8. Februar 2012: „Abrechnung von Sonderkrediten“
4. Bericht und Antrag 6/2012 vom 8. Februar 2012: „Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung und die Förderangebote“

5. Stellungnahme zum Postulat 229, Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 29. August 2011: „Aufgaben des Wirtschaftsbeauftragten konsequent an nachhaltiger Entwicklung ausrichten“
6. Stellungnahme zum Postulat 232, Edith Lanfranchi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 31. August 2011: „**Fehler! Unbekannter Name für Dokument-Eigenschaft.**“
7. Stellungnahme zur Motion 239, Marcel Budmiger und Dominik Durrer namens der SP/JUSO-Fraktion, sowie Monika Senn Berger und Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 19. September 2011: „Zahlbarer Wohnraum dank Landverkaufsgewinnen“
8. Interpellation 288, Ivo Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 2. Februar 2012: „Über die freihändige Vergabe von Arbeiten und Lieferungen“
9. Postulat 289, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 2. Februar 2012: „Abschaffung des fakultativen Budgetreferendums“
10. Volksmotion 290, Beat Murer-Renggli und Emiliano Garcia und Mitunterzeichner/innen, vom 3. Februar 2012: „Für die Verbesserung der Wohnqualität und der Verkehrssicherheit im Bereich der Arsenal- und Eichwaldstrasse spätestens auf die Inbetriebnahme der Langsamverkehrsachse auf dem Trasse der Zentralbahn“
11. Postulat 291, Christian Hochstrasser und Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 6. Februar 2012: „Nachtleben Luzern: Parkhäuser auslasten, Wohnquartiere entlasten“
12. Postulat 292, Martin Merki namens der FDP-Fraktion, vom 7. Februar 2012: „Für einen lebenswerten Stadtteil Emmen“
13. Dringliches Postulat 293, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. Februar 2012: „Fussverkehr“
14. Interpellation 294, Luzia Mumenthaler-Stofer, René Meier Schwager und Nina Laky namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger namens der G/JG-Fraktion, vom 9. Februar 2012: „Raumbedarf für Aktivitäten und Projekte im Quartier“
15. Interpellation 295, Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Ali R. Celik und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012: „Auswirkungen des neuen Seetalplatzes für die Stadt Luzern“
16. Postulat 296 und Rektifiziertes Postulat 296, Nico van der Heiden und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Monika Senn Berger und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 16. Februar 2012: „Ein Mega-Kreisel für Luzern“
17. Interpellation 297, Luzia Mumenthaler-Stofer und Andreas Wüest namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion, vom 21. Februar 2012: „Zur Einhaltung von Mindestlöhnen für Kitas“
18. Postulat 298, Laura Grüter Bachmann namens der FDP-Fraktion, vom 23. Februar 2012: „Preisvorteil für Einheimische bei Jahres- oder Halbjahreskarten für das neue Hallenbad“
19. Protokoll 25 des Grossen Stadtrates vom 1. Dezember 2012

- 20. Protokoll 26 des Grossen Stadtrates vom 15. Dezember 2012
- 21. Protokoll 26 des Grossen Stadtrates vom 15. Dezember 2012, ANHANG
- 22. Protokoll 19 der Baukommissionssitzung vom 9. Februar 2012
- 23. Protokoll 11 der Bildungskommissionssitzung vom 9. Februar 2012
- 24. Einladung zur 12. Sitzung der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates vom 1. März 2012
- 25. Einladung zur 24. Baukommissionssitzung vom 1. März 2012
- 26. Einladung zur 27. Geschäftsprüfungskommissionssitzung vom 1. März 2012
- 27. Einladung zur 20. Sozialkommissionssitzung vom 1. März 2012
- 28. Einladung zur 28. Sitzung des Grossen Stadtrates vom 8. März 2012

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch begrüsst die Anwesenden am Tag der Frau und gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe oben).

Es wurden drei Vorstösse dringlich eingereicht. Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des Postulates 293, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. Februar 2012: „Fussverkehr“.

Jules Gut hält an der Dringlichkeit fest. Es besteht ein öffentliches Interesse an der Klärung des Sachverhaltes, und zudem wird das Geschäft bei einer späteren Behandlung hinfällig.

Katharina Hubacher: Auch die G/JG-Fraktion möchte dieses Postulat an dieser Sitzung behandeln, denn es ist jetzt aktuell. Wird es „ordentlich“ behandelt, ist die Sache schon gelaufen.

Andreas Wüest: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit, weil das Postulat eine Frage enthält, die sehr aktuell ist. Diese würde die Fraktion gerne behandelt haben.

Der Rat stimmt mehrheitlich für die dringliche Behandlung von Postulat 293.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Stadtrat opponiert der dringlichen Behandlung der Interpellation 299, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 24. Februar 2012: „Was kostet das SVP-Referendum zum Budget 2012?“

Es ist ein Vorstoss von **András Özvegyi**, weshalb er an der Dringlichkeit festhält. Das ist zwar keine Begründung, aber für die GLP-Fraktion ist natürlich das Kriterium des öffentlichen Inte-

resses gegeben. Es wird ja darüber diskutiert, und deshalb müssen die Fragen jetzt beantwortet werden, nicht erst in einem halben Jahr.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion unterstützt die dringliche Behandlung ebenfalls. Sie geht aber davon aus – und glaubt, dass dies auch der Interpellant und der Stadtrat gleich verstehen –, dass nicht über die Kosten des demokratischen Instruments Referendum zu sprechen ist, sondern über die Kosten des der Stadt im Moment fehlenden Budgets.

Dominik Durrer: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Dringlichkeit dieses Vorstosses ab. Die Fragestellung ist zwar interessant, aber heute kann noch keine Auskunft gegeben werden, so wie die Fragen gestellt sind. Die Fraktion ist daran interessiert, dass im normalen Verlauf der Behandlung von Vorstössen detailliert Auskunft gegeben werden kann. Dann kann auch darüber diskutiert werden, ob die demokratischen Instrumente mit Preisschildern versehen werden sollen oder, wie die SP/JSUO-Fraktion meint, eben nicht.

Sonja Döbeli Stirnemann kann sich zu grossen Teilen dem Vorredner anschliessen. Für die FDP-Fraktion ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Die Fragen sind zwar interessant, können aber auch in einem Jahr beantwortet werden. Es verändert sich nichts in dieser Stadt, wenn man das nicht sofort weiss.

Thomas Gmür: Demokratie kostet, und die Beantwortung dieses Vorstosses ist umso interessanter, wenn das Referendum vorbei ist. Dann kann genauer Auskunft gegeben werden. Heute wäre die Antwort ungenau, und es müsste nachgehakt werden, und dann wäre die Beantwortung noch teurer. Wenn man von 3000 Franken für einen Vorstoss ausgeht, sind bereits 3000 Franken zusätzlich ausgelöst worden mit dem Referendum der SVP. Die CVP-Fraktion ist gegen die Dringlichkeit.

Die dringliche Behandlung der Interpellation 299 wird abgelehnt.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch: Der Stadtrat opponiert auch der dringlichen Behandlung der Interpellation 300, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 24. Februar 2012: „Städtebau und Fussgänger in der Tribschenstadt. Wann kommen Verbesserungen?“

András Özvegyi hält an der Dringlichkeit fest, und zwar weil das Thema Fussgänger die breite Öffentlichkeit interessiert.

Nico van der Heiden: Das einzige, was an diesem Vorstoss als dringlich zu erkennen ist, ist der Wahlkampf der GLP. Im Gegensatz zum ersten Vorstoss sieht die SP/JUSO-Fraktion hier keinerlei Dringlichkeit. Sie erachtet nämlich den Wahlkampf der anderen Parteien als genauso dringlich.

Marcel Lingg: Die Tatsache, ob ein Vorstoss interessant ist oder nicht, ist nicht entscheidend

dafür, ob er auch dringlich ist. Entscheidend für die Dringlichkeit eines Vorstosses ist, ob er, wenn er heute nicht behandelt wird, durch einen Sachverhalt oder den Zeitverlauf gegenstandslos würde. Aber das ist bei diesem Vorstoss ganz klar nicht der Fall, im Gegensatz zum ersten zum Fussverkehr, bei dem der Sprechende auch ein Auge zudrückte, bei dem man sagen kann: Wenn die Bauabschränkungen jetzt aufgestellt werden, ist der Vorstoss in drei oder vier Monaten gegenstandslos. So kann man es einigermaßen akzeptieren. Aber hier wird im Moment und in den nächsten Wochen nichts gebaut und nichts anderes gemacht; es wird eigentlich gar nichts gemacht. Die Frage, ob nichts gemacht wird, kann man auch noch in einem halben Jahr stellen und beantworten; bis dahin ist auch nichts gemacht.

Ali Celik: Die G/JG-Fraktion findet die gestellten Fragen wichtig, ist aber der Auffassung, dass sich diese im normalen Verfahren beantworten lassen.

Martin Merki: Die Dringlichkeit ist nicht gegeben; es ändert sich gar nichts, ob der Vorstoss behandelt wird oder nicht. Die FDP-Fraktion ist gegen die Dringlichkeit.

András Özvegyi: Es geht hier um Fussgänger und um einen Weg, der geschlossen ist, der vom ganzen Quartier einfach nicht begangen werden kann. Darüber zu lachen ist nicht sehr lustig.

Die dringliche Behandlung der Interpellation 300 wird abgelehnt.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch schlägt vor, das Dringliche Postulat 293 nach der Pause zu behandeln. **Diesem Vorgehen wird nicht opponiert.**

2. Genehmigung der Protokolle 24 vom 10. November 2011, 25 vom 1. Dezember 2011 und 26 vom 18. Dezember 2011

Die Protokolle werden genehmigt.

3. Volksmotion 169, Daniel Galliker, Christoph Helmlin und Theodor Wydler namens der Anwohnerschaft Sternmatt und Steghof, vom 11. März 2011: Kein Hochhaus im Steghof!

Der Stadtrat lehnt die Volksmotion ab.

Baukommissionspräsident Ernst Zimmermann: Die Kommission hat diese Volksmotion an ihrer Sitzung vom 9. Februar behandelt. Eingeladen war auch eine Vertretung der Volksmotionäre, welche ihre Meinung zum Hochhausstandort Steghof äussern durfte. Für die Motionäre

ist die Stellungnahme des Stadtrates nicht zufriedenstellend ausgefallen. Sie bemängeln, dass auf die Anliegen des Quartiers nicht eingegangen wurde. Nicht nur die älteren Leute sähen dort kein Hochhaus, sondern auch die jüngere Generation habe grosse Mühe mit diesem Entscheid. Die stadträtliche Argumentation, man müsse städtebauliche Akzente setzen, und die topografische Lage dieses Gebietes sei für einen Hochhausstandort geeignet, sei keineswegs nachvollziehbar. Der Stadtrat respektiere den Willen der Bevölkerung dieses Quartiers keinesfalls, im Gegenteil: Er missachte ihn, und die Bewohner würden überfahren. Die Vertreter waren auch der Meinung, dass das Hochhaus das Stadtbild negativ beeinträchtige. Die Silhouette würde als störend wahrgenommen, und dies könne sich negativ auf die Tourismusstadt Luzern auswirken.

Die Sichtweise der Baukommission: Die meisten Kommissionsmitglieder finden den Hochhausstandort als geeignet und das Konzept gut, und sie begrüßen sehr, dass die überall geforderte innere Verdichtung dort umgesetzt werden soll. Die Mitglieder sind sich zwar bewusst, dass ein Hochhaus Vor- und Nachteile bringt. Diese gilt es zu analysieren, entsprechend zu bewerten und richtigerweise umzusetzen. Bei der Argumentation der Vertreter der Motionäre war störend und für viele Mitglieder nicht zu überhören, dass die Eigeninteressen im Vordergrund standen. Es wird nicht die Gesamtheit beurteilt, sondern nur ein kleiner Teil. Eine derartige Sichtweise ist für die Weiterentwicklung dieser Stadt nicht förderlich und bringt sie auch nicht weiter. Darum ist die BZO-Revision sehr richtig; sie regelt, was wo am geeignetsten erstellt werden soll. Auch die im Auftrag des Stadtrates erstellten Studien zum Steghof zeigen auf, dass dieser Hochhausstandort durchaus Sinn macht und seine Berechtigung hat. Im Besonderen prädestinieren ihn die hervorragende Erschliessung und die Nähe zum Bahnhof, die als sehr positiv betrachtet werden. Die Gebäudehöhe von 45 Metern ist im Gesamtkontext des gesamten Entwicklungsgebietes absolut vertretbar. Die Kommission ist überzeugt, dass das Stadtbild mit einem städtebaulich verträglichen und qualitativ hochstehenden Projekt aufgewertet werden kann, und dass sich dies sicher nicht negativ auf den Tourismus auswirkt, wie die Motionäre befürchten. Viele andere Städte liefern diesbezüglich genügend Beweise. Die Baukommission folgt dem Stadtrat und empfiehlt dem Parlament, die Volksmotion abzulehnen; dies mit 7 Ja bei 2 Enthaltungen.

Markus Mächler: Die CVP-Fraktion beurteilt die Antwort des Stadtrates als sehr ausführlich und sachgerecht und sie bedankt sich dafür. Diese stadträtliche Haltung war im Rahmen der laufenden BZO-Revision allerdings auch so zu erwarten. Das ist recht so. Die Fraktion wehrt sich dagegen, bereits im heutigen Zeitpunkt ein angedachtes Hochhaus im Steghof „abzuschliessen“. Sie durfte die Arbeiten im Rahmen der BZO-Revision laufend begleiten, konnte sich eingeben und steht zum heutigen Stand der Arbeiten und auch zum Hochhauskonzept. Ob und wie dann allenfalls im Jahre X tatsächlich ein Hochhaus im Steghof gebaut werden wird, ist heute ja noch völlig unklar. Dazu wird es noch viel brauchen: Planungen zu Nutzungen, Formen und Kuben, zur Wirtschaftlichkeit und zum Umgebungsbezug; ein Bezug, der gerade an diesem Ort wegen des Gleisfeldes nicht nur einfach zu handhaben sein wird. Diese Möglichkeiten will sich die CVP-Fraktion offen halten. Darum lehnt sie die Volksmotion ab und stellt sich damit hinter den stadträtlichen Ablehnungsantrag.

Ivo Durrer: Für die FDP-Fraktion hat die ausgelöste Entwicklung des Steghof-Gebietes eine hohe Priorität. Sie unterstützt die Bestrebungen des Stadtrates, das Schlüsselareal Steghof nachhaltig zu entwickeln. Sie will die Chance packen, einzigartige städtebauliche Perspektiven umzusetzen. Der Hochhausstandort Steghof ist dafür geradezu prädestiniert. Damit wird einerseits die Möglichkeit geschaffen, in unmittelbarer Nähe der neuen Langsamverkehrsachsen verdichteten Wohnraum zu schaffen. Der ÖV-Anschluss mit der Busstation Steghof und Enge ist gewährleistet. Eine S-Bahn-Station ist nicht nur eine Vision. Andererseits ist die Fraktion der Überzeugung, dass das Steghof-Areal nicht nur nutzungsplanerische Vorteile bringt, sondern städtebaulich ein grösseres Potenzial beinhaltet als die Tribschenstadt. Im Übrigen wurden diese Punkte ja auch in die BZO-Revision aufgenommen und sind nun entsprechend umzusetzen. Die FDP-Fraktion stimmt im Sinne des Antrages des Stadtrates und lehnt die Volksmotion ab.

Werner Schmid: Um es vorwegzunehmen: Die SVP-Fraktion lehnt die Volksmotion¹⁶⁹ gemäss der Stellungnahme des Stadtrates ab. Dies aus folgenden Gründen: Die SVP setzt sich seit Jahren für ein verdichtetes Bauen ein auf dem nur noch beschränkt vorhandenen Gut Boden, das besonders auf Stadtgebiet nur noch spärlich zur Verfügung steht. Sie hat sich im laufenden Prozess im Rahmen der BZO-Revision immer wieder für die vorgeschlagenen Schlüsselareale ausgesprochen. Und auf diesen sogenannten Schlüsselarealen soll nun mal in die Höhe gebaut werden können. In die Höhe bauen heisst auch, Grünflächen erhalten oder zusätzliche schaffen. Sogar die Motionäre – so haben sie sich verlauten lassen – haben nichts gegen den Bau von höheren Häusern oder gar Hochhäusern einzuwenden. Die Frage lautet lediglich, an welchen Standorten in dieser Stadt. Der immer wieder gemachte Bezug bzw. der Vergleich zur Tourismusstadt Luzern hält aus Sicht der SVP-Fraktion nicht stand. Vom Luzerner Seebeck her wird man nie und nimmer ein kommendes Hochhaus Steghof ausmachen können. Oder sehen die werten Motionäre etwa die Allmend-Hochhäuser von der Seepromenade her? Das Argument, Hochhäuser in Luzern beeinflussen oder schädigen den Tourismus, kann so nicht glaubhaft vertreten werden.

In diesem Prozess kann von einer undemokratischen Vorgehensweise, wie es immer wieder von den Volksmotionären gesagt wurde, also keine Rede sein. Dem Sprechenden und insbesondere seiner Fraktion scheint vielmehr, dass mit dieser Volksmotion auch ein gewisser Egoismus durchschimmert, oder anders, nach dem St.-Florians-Prinzip, ausgedrückt: Hochhäuser Ja, aber ja nicht im eigenen Quartier!

Ali Celik: Mit den Hochhäusern in der Stadt Luzern bzw. mit dem Hochhaus im Steghof verfolgt der Stadtrat eine Verdichtungs- und Entwicklungsstrategie. Durch die Verdichtung in die Höhe soll nicht nur Freifläche geschont, sondern auch ein städtebaulicher Akzent gesetzt und dem Schlüsselareal Steghof eine neue Mitte und ein sichtbares Gesicht gegeben werden. Der Stadtrat versichert, dass ein Hochhaus nur gebaut werden darf, wenn die bauliche Qualität stimmt. Die Initianten der Volksmotion und der Verein Stadtbild Luzern finden die Argumente des Stadtrates irreführend. Gemäss ihnen ist der angebliche Verdichtungsvorteil durch ein Steghof-Hochhaus nicht gegeben, und es liege kein gesamtgesellschaftliches Interesse vor,

wie dies der Stadtrat behauptet. Für die Motionäre geht es nicht nur um die Fassadenhöhe von 45 Meter, sondern auch um das Stadt- und Quartierbild allgemein.

Aus Sicht der Fraktionen der Grünen und Jungen Grünen können Hochhäuser durchaus Sinn machen, wenn sie erstens den städtebaulichen Anforderungen entsprechen und zweitens – für die Fraktion noch wichtiger – durch die geschaffene Verdichtung Frei- und Grünräume geschaffen und für die Stadtbevölkerung mehr Wohnmöglichkeiten angeboten werden können. Die Fraktion ist sich bewusst, dass die Initianten der Volksmotion einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Hochhäuser bzw. um das Hochhaus im Steghof geleistet haben. Das Thema Hochhäuser beschäftigt in der Stadt nicht nur diesen Rat, sondern auch viele andere Kreise und die Stadtbevölkerung. Hochhäuser in der Stadt Luzern sind ein wichtiger Bestandteil der BZO. Sowohl die BZO-Revision als auch Hochhäuser in der Stadt Luzern bedürfen weiterer Diskussionen. Der G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass diese Fragen vors Volk kommen und auch die Hochhausfrage an der Urne entschieden wird. Eine Überweisung der Volksmotion würde dies verunmöglichen. Um den Weg für weitere Diskussionen offen zu halten, lehnt die Fraktion die Volksmotion ab bzw. stimmt der Ablehnung der Volksmotion durch den Stadtrat zu.

Nico van der Heiden: Auch die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Volksmotion grossmehrheitlich ab. Ein Teil der Volksmotionäre will offenbar gar keine Hochhäuser in der Stadt Luzern. Das ist eine Position, die man politisch vertreten kann. Die Fraktion sieht das grossmehrheitlich anders: Als Teil einer Verdichtungsstrategie kommt man nicht darum herum, auch nach oben zu bauen. Wenn man will, dass in dieser Stadt mehr Leute eine Wohnung finden, und wenn man will, dass mehr Leute in dieser Stadt auch eine bezahlbare Wohnung finden, und weil das ein Kernanliegen der SP ist, ist sie für Verdichtung auch nach oben. Andere Volksmotionäre wollen einfach im Steghof kein Hochhaus, ganz nach dem Motto: Ich bin für Hochhäuser, aber nicht bei mir zuhause. Das ist eine Position, welche die SP/JUSO-Fraktion sehr entschieden ablehnt. Aus sozialdemokratischer Warte ist das ein Ding der Unmöglichkeit.

Verständnis hat die Fraktion grundsätzlich für das Anliegen, dass die Bevölkerung sich in den Prozess und in die Diskussion um Hochhäuser eingeben können soll, wie es auch der Vorredner sagte. Die allfällig angedachte Variantenabstimmung bei der BZO-Revision ist darum grundsätzlich positiv; es wird dann aber noch darüber zu diskutieren sein, wie diese Variantenabstimmung genau aussehen soll. Die SP/JUSO-Fraktion – das ist kein Geheimnis – hat bis zum heutigen Zeitpunkt Mühe mit dem Hochhausstandort Seeburg, insbesondere mit dem Verfahren, wie es zu diesem gekommen ist. Insgesamt findet sie aber, dass jetzt der falsche Zeitpunkt ist, um für ein spezifisches Quartier in der Stadt Luzern kategorisch Hochhäuser schon auszuschliessen. Im Rahmen der BZO-Revision wird es Gelegenheit geben, sich intensiv mit der Hochhausfrage auseinanderzusetzen, und das wird der richtige Zeitpunkt sein, darüber zu diskutieren, ob man Hochhäuser will und allenfalls wo in der Stadt Luzern. Die Volksmotion ist abzulehnen, weil sie diese Diskussion jetzt schon abwürgen würde.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion beurteilt die Frage von Hochhäusern generell positiv. Hochhäuser schonen die Zersiedlung; sie ermöglichen vielen Leuten, im begehrten Zentrum zu wohnen. Es ist energetisch besser, für eine dichte Siedlung Massnahmen zu treffen, und die

ÖV-Erschliessung ist einfacher, wenn die Leute konzentriert wohnen. Klar, es braucht eine sensible Architektur und Fassadengestaltung. Am realisierten Beispiel Allmend sieht man aber, dass Vieles und auch überraschend Positives möglich ist.

Speziell zum Hochhaus-Standort Steghof: Es wird eine Zone ausgedehnt. Ein Projekt ist noch nicht da. Die Zone liegt am südlichen Rand des Gleisareals; der Schattenwurf in der Mittagszeit liegt auf den Gleisen, was ja geradezu ideal ist. Die Zone liegt zentrumsnah, und das ist sinnvoller für ein Hochhaus als ein Standort irgendwo an der Peripherie.

Die Haltung der GLP-Fraktion zum Stadtbild: Luzern ist eine Stadt im Wandel. Sie soll verdichtet werden, und es ist sehr wichtig, dass eine Entwicklung stattfindet. Es gehört auch dazu, dass dies architektonisch sichtbar wird. Jede Zeit hatte ihre speziellen Bauten, welche das Stadtbild prägen. Man stelle sich vor, wie es war, als Investoren am Seeufer das „National“ und das „Palace“ erbauten. Heute gehören sie zum historischen Stadtbild. Was ein gutes Stadtbild ist, bleibt subjektiv. Wenn die nächste Generation mit vier höheren Hochhäusern aufwächst, ist das vielleicht ihre Identifikation mit Luzern.

Zu den spezifischen Argumenten der Motionäre möchte die GLP-Fraktion aus ihrer Sicht Folgendes entgegnen: Die Hochhauszone Steghof ist gleichzeitig ein Zeichen und eine Chance zur besseren Verdichtung in der Stadt Luzern. Sie ermöglicht einen guten, vielseitigen Mietmix aus allen Gesellschaftsschichten im gleichen Gebäude; das zeigt sich auch an den Wohnpreisen auf der Allmend. Das Quartier selber kann eine Neupositionierung erfahren: Es kann trendig werden, dort zu wohnen, was dazu führen kann, dass die bestehenden Wohnlagen eine deutliche Wertsteigerung erhalten. Die GLP-Fraktion ist ebenfalls gegen die Volksmotion.

Die Volksmotion 169 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

4. Bericht und Antrag 2/2011 vom 11. Januar 2012: Leitbild Sport der Stadt Luzern

Eintreten

Bildungskommissionspräsident Daniel Erni sitzt nicht häufig hier vorne, aber wenn, dann immer bei wunderbaren Themen. Letztes Mal war es die Musik, jetzt geht es um den Sport. Die Bildungskommission hat den B+A 2/2012 an ihrer Sitzung vom 9. Februar beraten und ist darauf eingetreten. Einstimmig positiv bewertet worden ist insbesondere, wie der B+A überhaupt entstanden ist, darum ein Dank seitens des Sprechenden und auch der Kommission an die Verwaltung. Er ist in einem breit abgestützten Prozess und unter enger Zusammenarbeit mit den willigen Vereinen erarbeitet worden. Willige Vereine deshalb, weil leider die Hälfte nicht mitgemacht hat, auch bei den Umfragen nicht. Wobei 50 Prozent grundsätzlich ein guter Rücklauf sind, aber es ist schade, dass sich auch ein paar wirklich namhafte Vereine nicht bemüht haben, die relativ einfachen Fragen zu beantworten. An der Sitzung der Kommission

wurde fleissig diskutiert, und es wurden Fragen gestellt, die alle gut und kompetent beantwortet wurden. Hauptpunkte in der Beratung waren die Leitsätze; um diese Doppelseite geht es im B+A eigentlich. Diskutiert wurde über den Umgang mit Zentrumsfunktionen und Zentrumslasten der Stadt in Bezug auf das Tarifsysteem oder eine allfällige Saalsporthalle, über die Youth Olympic Games (YOG), über die Funktion der Sportkommission, die Weiterführung der Präsidentenkonferenz und die Roadmap. Der grösste Teil kann im Protokoll nachgelesen werden.

Die Quintessenz: Der Mehrheit der Kommission hat die Tiefe dieses B+A gereicht, während er für einen kleineren Teil zu wenig Fleisch am Knochen hat, was dazu führte, dass 7 Kommissionsmitglieder zustimmend Kenntnis nahmen und 2 Kenntnis nahmen.

Laura Grüter Bachmann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Dienststelle Kultur und Sport für den sehr aufwendigen Prozess, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen – den zahlreichen Vereinen und Verbänden – ein Leitbild zu erarbeiten. Dieses gemeinsame Erarbeiten hat sehr viel Positives ausgelöst. Wertschätzung und Vertrauen sind zwei wichtige Aspekte dabei; die Klärung, was realistische Erwartungen von den Vereinen an die Stadt sind und umgekehrt, ein weiterer. Die Fraktion begrüsst es, dass der Dialog, der dabei in Angriff genommen und verstärkt worden ist, mit einer Sporttagung für breite Kreise einmal im Jahr weitergeführt werden soll. Das Leitbild und insbesondere die sportpolitischen Leitsätze findet sie inhaltlich sinnvoll. Sie sind gut und knapp formuliert, und damit ist der Motionsauftrag nach einem Leitbild erfüllt.

Zur Sportpolitik der Stadt noch folgende Bemerkungen: In erster Linie sind die bestehenden Angebote und Infrastrukturen möglichst sinnvoll und breit zu nutzen. Diese Haltung des Stadtrates teilt die FDP-Fraktion. Wie genau die Nutzung und die Entgelte dafür zu regeln sind, ist in einem nächsten Schritt anzugehen. Die Fraktion unterstützt auch das Projekt LuzernPlus sehr. Die Anlagen, die von überregionaler Bedeutung sind, wie ein Hallenbad oder ein Eisfeld, sollen auch interkommunal bewirtschaftet werden. Nebst vielen anderen Bereichen trägt die Stadt auch im Sportbereich relativ hohe Zentrumslasten. Und solange verschiedene Anlagen oder Angebote fast ausschliesslich durch die Stadt oder ihre Aktiengesellschaften betrieben werden, sollen dort die Stadtluzerner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen Preisvorteil haben. Die FDP-Fraktion hat deshalb den Stadtrat in einem Postulat aufgefordert, Einheimischentarife für Jahres- und Halbjahreskarten und für andere Abos beim neuen Hallenbad zu prüfen. Die Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Marcel Lingg: Gleich vorweg: Die SVP-Fraktion wird **beantragen, von diesem Bericht „nur“ normale Kenntnisnahme zu beschliessen**. Dies soll nicht etwa als frontale Kritik an diesem Bericht aufgefasst werden. Nein, die Fraktion ist letztendlich einfach nach langer Diskussion zur Erkenntnis gekommen, dass dieser Bericht zu wenig konkrete Aussagen enthält, um ihn wertend beurteilen zu können. Der Bericht hat aus ihrer Sicht – der Kommissionspräsident hat es auch zitiert – zu wenig Fleisch am Knochen. So werden wesentliche strategische Fragen und Entscheide zur Sportpolitik und zur Sportförderung in die Zukunft hinausgeschoben. So die Frage des Tarifsystems bzw. der Hallengebühren bei der Sporthallenvermietung oder, etwas

weiter ausgeholt, auch die zukünftigen Regelungen beim Fonds Jugendsport oder, noch weiter ausgeholt, die Thematik und die Zusammenhänge Billettsteuer-Fonds Jugendsport und Fonds Kultur und Sport. Auch enthält der Bericht keine konkreten Aussagen zur zukünftigen Sportstättenplanung (der Sprechende denkt hier an den Ersatz der Mehrzweckhalle Allmend, an die Vision Saalsporthalle, an eine Vision neue Dreifachturnhalle oder an das angegangene Projekt Sanierung Ruderzentrum Rotsee). Nicht erwähnt wird auch der leidige Themenkomplex zu Massnahmen und Vorgehen gegen Gewalt und Chaotikum bei Publikumssportarten. Dass solche komplexen Themenbereiche heute nicht umfassender dargelegt werden, dafür hat die SVP-Fraktion Verständnis. Doch die Hauptaussage dieses Berichtes, dass diese Themenkomplexe in einigen Jahren erneut in die politische Diskussion eingebracht werden sollen, kann sie zur Kenntnis nehmen, aber nicht weder zustimmend noch ablehnend werten. Neben der Auflistung der zukünftigen sportpolitischen Pendenzen wird mit dem Bericht auch das Sportleitbild so mehr oder weniger beschlossen. Es handelt sich hier ja nicht um ein Reglement, welches dieser Rat explizit genehmigt bzw. beschliesst. Integriert in den Bericht kann sich der Rat dahingehend äussern, ob das Leitbild ohne Wertung oder zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Sicher, diese blau eingefärbten Seiten im Bericht sind textlich sehr schön abgefasst, so wie Leitbilder halt sind: etwas allgemein gehalten und immer einen gewissen Interpretationsspielraum offen haltend. Die SVP-Fraktion nimmt dieses Leitbild erfreut zur Kenntnis, wird damit dem Sport doch ein grosser Stellenwert eingeräumt. Sie sieht aber auch die Gefahr, dass dieses Papier schon bald wieder Staub ansetzt oder in Vergessenheit gerät. Sie erachtet es deshalb als wichtig, dass dieses Leitbild auch nach dieser Ratssitzung präsent bleibt. Letztmals diskutierte das Parlament am 28. September 2006 intensiv über die Sportpolitik in der Stadt Luzern, damals konkret zum Bericht 27/2006: „Sportförderung in der Stadt Luzern“. Die Ausgangslage war damals sicher anders als heute. Das sportliche Aushängeschild, der FC Luzern, dümpelte finanziell angeschlagen in der baufälligen, alten, ehrwürdigen Allmend in den Niederungen der Tabelle. Die Wunden der verlorenen Hallenbad-Abstimmung waren in den Sportkreisen noch nicht verheilt. Heute darf man offen festhalten, dass der Sport in der Stadt Luzern seither einen deutlich höheren Stellenwert erhalten hat. Man denke dabei an all die mit der Allmendplanung umgesetzten Sportstätten-Neubauten. Der Sprechende jedenfalls möchte sich das Szenario nicht ausdenken, wäre die Sportstätten- und Allmendplanung vom Volk abgelehnt worden.

Es ist natürlich weiterhin das Recht, aus Sicht der Vereinsverantwortlichen sogar die Pflicht, nicht nachzulassen und in einen fordernden Dialog gegenüber der Verwaltung und der Politik zu treten. Trotzdem ist zu wünschen, dass innerhalb von Sportkreisen halt doch auch anerkennend zur Kenntnis genommen wird, dass in den vergangenen fünf bis sechs Jahren durch die Stadt viel zur Sportförderung beigetragen wurde, die Stadt sich auch finanzielle stark engagierte, auch wenn natürlich nicht alle Sportarten oder -vereine im gleichen Umfang davon profitieren konnten. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass die finanzielle Situation von Stadt, aber auch Kanton Luzern, sehr angespannt ist. Noch mehr als in früheren Jahren wird deshalb die Politik nicht darum herumkommen, bei den an den Staat gestellten Forderungen sich abwartend-zurückhaltend oder sogar ablehnend zu äussern. Unter dieser Aus-

gangslage bittet die SVP-Fraktion die Sportvereine, vor allem nicht auf jenen Forderungen zu beharren, deren Aufgaben letztendlich von den Vereinen selber übernommen werden können.

Einige kleine Beispiele, welche als Forderungen bei der Erarbeitung dieses Berichts an die Stadt gestellt wurden: das Erstellen eines Konzepts für die Kooperation von Schul- und Vereinssport, die Entwicklung eines Förderkonzepts für den Seniorensport oder das Sportportal im Internet. Mit dieser leichten Kritik an gewissen Forderungen der Sportvereine möchte die Fraktion vor allem auch entgegenwirken, dass sich in einem laufenden und schleichenden Prozess der Staat operative und strategische Aufgaben an sich delegieren lässt, welche nach Ansicht der Fraktion im Aufgabenbereich der privaten Vereine bleiben sollen.

Wenn sie nun mit Blick auf die staatlichen Finanzen dem Sport leider etwas die Grenzen aufzeigen muss, möchte die SVP-Fraktion klar festhalten, dass es dann aber nicht angehen kann, dass andere Sparten, z. B. die Kultur oder die unter dem Begriff „Quartier- und Stadtteilpolitik“ initiierte staatliche Jugendarbeit, weiterhin unbegrenzt aus dem Vollen schöpfen können. Mehr als alle anderen Parteien setzt die SVP sich eben gerade hier dafür ein, dass die private, freiwillige Vereinstätigkeit höher gewichtet wird als das staatliche Angebot an Freizeittätigkeiten in Konkurrenz zu Sport- und Jugendvereinen dauernd auszubauen. Die SVP-Fraktion hofft nun vor allem, dass der Dialog mit den Sportvereinen weiterhin auf einer konstruktiven Basis geführt werden kann. Hier sind nun alle Beteiligten zur Zusammenarbeit gefordert: der Stadtrat, die Stadtverwaltung, die Verantwortlichen der Sportvereine, aber natürlich auch die politischen Parteien und die Parlamentarier. Die Fraktion freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit, wenn es darum geht, den Stellenwert des Sports weiterhin zu fördern und zu erhöhen.

Franziska Bitzi Staub: Die CVP-Fraktion möchte dem Stadtrat und der Verwaltung für das gute Produkt danken. Mit dem guten Produkt ist zweierlei gemeint: zum einen das ausformulierte Leitbild, wie es vorliegt, zum anderen aber auch der Prozess, der dazu geführt hat, mit einer breiten Umfrage als qualitative Komponente und dem sehr guten Workshop im Juni letzten Jahres, in welchem auch qualitative Diskussionen mit den Betroffenen stattfinden konnten. Einige Punkte möchte die Fraktion besonders hervorheben: Im Leitbild ist nicht nur eine Bestandesaufnahme zu sehen, sondern auch Massnahmen, die priorisiert wurden, und auch die Umsetzung wird aufgezeigt. Das Leitbild zeigt die breite Bedeutung des Sports für die ganze Gesellschaft auf; das Spektrum reicht vom Spitzensport bis zur Gesundheitsförderung. Besonders wichtig ist die Anerkennung der Freiwilligenarbeit. Wie bei der Quartierpolitik, ist es wichtig, dass die Stadt ihre Wertschätzung für das grosse ehrenamtliche Engagement zum Ausdruck bringt. Der Prozess der Erarbeitung dieses Leitbildes hat auch die Rollen der verschiedenen Akteure und die gegenseitigen Erwartungen geholfen zu klären. Das ist eine gute Basis, und das Vertrauen und der Dialog, die entstanden sind, sollten in einem künftig regelmässigen Austausch aller Beteiligten aufrechterhalten bleiben.

Trotzdem noch ein paar kritische Bemerkungen: Der Konkretisierungsgrad z. B. bei den Terminen der Umsetzung ist noch nicht so hoch, dass in den nächsten Jahren gar keine Fragen offenbleiben würden. Es bleibt noch viel zu tun bei der Umsetzung. Die CVP-Fraktion hinter-

fragt auch, ob alles, was unter dem Titel Sport gefördert wird, wirklich auch dem Sport selber dient. Konkret: Geht es bei der Rotsee-Infrastruktur in erster Linie um Rudersport oder doch eher um Stadtmarketing? Zusammenfassend sei noch einmal festgehalten: Es wurde ein knappes Leitbild verlangt, und das liegt jetzt vor. Aus diesem Grund wird die CVP-Fraktion auf den B+A eintreten, ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen und die Vorstösse abschreiben. Je nach Diskussionsverlauf werden sich im Detail noch einzelne Mitglieder der Fraktion dazu vernehmen lassen.

Manuela Jost: Die GLP-Fraktion möchte sich zuerst ebenfalls beim Stadtrat und der Verwaltung für diesen guten Bericht bedanken. Sie hat ihn mit Spannung erwartet. Besonders das Leitbild schliesst eine wichtige Lücke. Die Sprechende kann es vorwegnehmen: Die GLP-Fraktion ist ebenfalls für Eintreten und wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Für sie ist der Auftrag der entsprechenden Motion ebenfalls erfüllt.

Zwei Kommentare, einen zum inhaltlichen und einen zum methodischen Vorgehen, wobei sich die Sprechende weit gehend den Vorrednern anschliessen kann. Die GLP-Fraktion ist beeindruckt von der inhaltlichen Dichte des Berichts; für sie ist da relativ viel Fleisch am Knochen. Er zeigt das breite Angebot, das es in Luzern gibt, auf. Die Bedeutung des Sports, die in den Leitsätzen zum Ausdruck kommt, ist sehr wichtig und umfassend, und das macht die Bedeutung des Sports sehr greifbar. Die Fraktion unterstützt speziell auch das Bekenntnis zur Sportförderung, das über reine Verwaltungstätigkeit hinaus gehen muss. Es muss ebenfalls eine Wertschätzung und Anerkennung all jener beinhalten, die im Sport tätig sind, und genau das kommt auch zum Ausdruck. Wichtig ist für die GLP-Fraktion, und das wird im Bericht auch so erwähnt, dass die Förderbeiträge von offizieller Seite immer nur einen subsidiären Charakter haben dürfen. Die Initiative der privaten Vereine ist nicht zu unterschätzen und nimmt eine immer wichtigere Rolle ein.

Damit zum zweiten Hauptpunkt, dem methodischen Vorgehen. Auch dieses ist vorbildlich. Es wurde ein partizipatives Vorgehen gefordert, und die Kombination von quantitativem Vorgehen mit einer Online-Umfrage, die immerhin eine beachtliche Rücklaufquote von 52 Prozent hatte, ist sehr gut. Die Kombination mit dem qualitativen Vorgehen mit Echogruppen und Befragung spricht für die Legitimität und auch für die Aussagekraft dieses Berichtes. Der Sport hat auch für die GLP-Fraktion einen gesellschaftlichen Wert und ist sinnstiftend. Er ist ein Bereich zwischen Bildung, Erziehung und Privatsache; ein Bereich zwischen öffentlichem Auftrag und privater Initiative, und er ist ein Bereich zwischen öffentlichen Geldern und privatem finanziellem Einsatz. Und genau diese Doppeldeutigkeiten machen es eigentlich auch spannend im Sport, und sie lassen viel Raum für Kreativität und Weiterentwicklungen. Die Fraktion dankt nochmals für diesen Bericht, den sie, wie gesagt, zustimmend zur Kenntnis nehmen wird.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion dankt der Abteilung Kultur und Sport bzw. der Bildungsdirektion für die Erarbeitung des Leitbildes. Dieses hat ihres Erachtens viel zur Klärung der Rollen der Stadt und der Sportvereine beigetragen. Der vorbildliche partizipative Prozess (Online-Fragebogen und Workshop) hat Vertrauen in die Zusammenarbeit zwischen öffentli-

cher Hand und Vereinen geschaffen, auch im Sinne der Rollenteilung. Das war zwar mit Aufwand verbunden, aber dieser hat sich gelohnt.

Beim Kernstück, dem eigentlichen Leitbild, zeigt sich, dass die Stadt dem Sport – zu Recht – eine hohe Bedeutung beimisst, ihre Rolle aber klar im Unterstützen, Koordinieren, Vermitteln und Ermöglichen sieht, also etwa im Erstellen von Infrastrukturen, aber nicht mit eigenen Initiativen zur Sportförderung. Diese grundsätzliche Haltung unterstützt die G/JG-Fraktion. Bei den Konkretisierungen, der Roadmap, zeigt sich, dass sich Vieles im Entwicklungsstatus befindet und eben „Work in Progress“ ist; es wird nicht zuletzt auch von der finanziellen Situation der Stadt und den Möglichkeiten der Vereine abhängen, wie viel davon umgesetzt werden kann. Erwähnt wird in der Roadmap auch der Sportpreis. Anerkennungen sind immer eine etwas schwierige Förderung. Es gibt schon sehr viele Preise, und das ist aufgrund der knappen Finanzen wahrscheinlich eher eine Verlegenheitslösung, die es zumindest kritisch zu hinterfragen gilt.

Thema waren auch die Tarife und die Transparenz bei den Tarifen. Dieses Thema ist ja bewusst nicht behandelt worden, und das scheint auch geschickt zu sein. Eine Überprüfung ist aber wahrscheinlich früher oder später begrüssenswert; sie muss aber sehr sorgfältig vorgenommen werden. Erwähnt werden auch die grossen Sportinfrastrukturen, und dabei erwähnt die Stadt einmal mehr das Thema Public Private Partnership. Auch hier gibt es Fragen: Wer trägt die Risiken, wer hat die Verantwortung und wer profitiert, z. B. von Umzonungen? Oftmals profitieren Investoren überproportional, und dabei hätte die öffentliche Hand eigentlich gute Möglichkeiten für die Finanzierung. Das wird auch da wieder erwähnt, und es ist wie bei anderen Themen immer wieder dasselbe, aber die G/JG-Fraktion möchte trotzdem darauf hinweisen.

Zusammenfassend ist das Sportleitbild eine gute Ausgangslage für die weitere Entwicklung des Sports in der Stadt Luzern. Die Fraktion empfiehlt Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme sowie Zustimmung zum Antrag auf Abschreibung der Motion 71.

Luzia Mumenthaler-Stofer möchte nach dem, was der SVP-Sprecher sagte, was alles in den B+A hineingepackt werden sollte, daran erinnern, was in der Motion für das Leitbild gefordert wurde: Es sollte kurz und knapp sein. Es war wirklich das Ziel, dass auch der B+A kurz sein sollte, denn es ging nur um das Leitbild und um gar nichts anderes. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt einstimmig in positivem Sinne Kenntnis vom vorliegenden B+A und dankt dem Stadtrat für den umfangreichen Bericht. Die Sprechende freut sich besonders, dass die Umsetzung der Motion so gut geglückt ist, weil ihre Idee eines neuen Leitbildes zu Beginn nicht gerade auf Wohlwollen gestossen war. Wer sich mit Leitbilderstellungen etwas auskennt, weiss, dass sie mit grossem Aufwand verbunden sind. Wenn man es richtig macht, lohnt sich das aber. Alle, die in diesem Prozess mitgearbeitet haben, dürften gespürt haben, dass sich die Stimmung untereinander verbessert hat. Es wurde sehr geschätzt, dass sie von der Stadt ernst genommen wurden und direkt im Prozess des Leitbildes mitarbeiten konnten. Nun liegt ein gutes Produkt auf dem Tisch, das sich sehen lässt. Die Verantwortlichen der Abteilung Kultur und Sport haben die Vorgaben der Motion sehr gut umgesetzt. Das Kernanliegen der Motion, die Sportbasis in die Erarbeitung des Leitbildes einzubeziehen, ist sehr gut geglückt, und der Pro-

zess hat Politik, Verwaltung und Sport einander näher gebracht. Das Leitbild ist gut, kurz und klar, und es bietet eine solide Grundlage für die künftige Zusammenarbeit. Eine Schubladisierung, wie das teilweise zu hören war, sieht die Sprechende nicht.

In der Wegweisung zur Umsetzung des Leitbildes sind die weiteren Anliegen der Vereine, die über das Leitbild hinaus gehen, aufgenommen worden. Die Auflistung dieser Themen bildet die Grundlage für weitere Diskussionen, die an den zukünftigen Sporttagungen aufgenommen und diskutiert werden können. Im Weiteren ist es erfreulich, dass die Kommunikation zum neuen Leitbild intern und extern erfolgt, damit dieses auch wirklich gelebt werden kann. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion ist ein grosses Augenmerk auf die Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit durch die Stadt zu richten. Ohne die vielen Tausenden von Stunden von Freiwilligenarbeit könnten die Sportvereine nicht existieren. Sie leisten einen riesigen Beitrag an die Gesundheit und die Gewaltprävention und sind aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie bieten dem Staat einen enormen Dienst, und das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mit dem Leitbild und dem Leitbildprozess gibt die Stadt den Vereinen die Wertschätzung, die sie für ihre tolle Arbeit verdienen. Die SP/JUSO-Fraktion dankt der Abteilung Kultur und Sport für die geleistete Arbeit. Mit der Abschreibung des Vorstosses ist sie einverstanden.

René Baumann möchte sich als Mitglied der Sportkommission dazu äussern. Er war zuerst skeptisch über die Notwendigkeit eines Leitbildes, ist jetzt aber überzeugt, dass es eine sehr gute Grundlage ist für die weitere Zusammenarbeit mit den Vereinen und für die Förderung des Sports in der Stadt Luzern. Mehrere Vereine haben im Vorfeld moniert, dass sie zu wenig Anerkennung spüren durch die Stadt und dass auch der Kontakt nicht gut ist. Bei der Erarbeitung des Leitbildes dürfte aber sehr viel ausgeräumt worden sein. Der Workshop und die Mitarbeit der Vereine war sehr positiv; die Vereine haben sehr gut mitgemacht, waren auch erfreut, dass sie angesprochen wurden, und die Resultate haben sich zeigen lassen. In diesem Sinne dankt der Sprechende ebenfalls der Abteilung Kultur und Sport für die sehr gute und sensible Erarbeitung des Leitbildes. Bedauerlich ist einzig – der Kommissionspräsident hat schon darauf hingewiesen –, dass ausgerechnet einige Vereine, die im Moment sehr profitieren von den Infrastrukturen in der Stadt, wie der FC Kickers, die LSC-Fussballer, aber auch die Stadtschützen oder die Boccianer, die wertvolle, schöne Anlagen erhalten haben, nicht mitgemacht haben bei dieser Umfrage. Das ist sehr bedauerlich.

Philipp Federer könnte als Sportkommissionsmitglied sowie als parteiloser und fraktionsloser Breitensportler ein grosses Eintretensvotum halten, tut das aber nicht, sondern sagt Danke schön für die Arbeit und für die Wertschätzung. Marcel Lingg sagte, der Rotsee sei nicht enthalten. Der Rotsee – die Naturarena – ist enthalten, vielleicht nicht in dem Detaillierungsgrad, wie Marcel Lingg sich das gewünscht hat. Negativ sagte er, das Seniorensportkonzept sei überflüssig. Dem möchte der Sprechende entgegenhalten, dass es gut ist, dass sich die Stadt für die Volksgesundheit einsetzt. Es gibt Probleme bei Hallenbelegungen, gerade durch die Belegung durch kleine Seniorengruppen. Das anzuschauen, ist wichtig. Auch der Sportpreis ist positiv und wichtig, denn er vermittelt Anerkennung, die oftmals, wie es gerade von den

Vereinen kritisiert worden ist, zu wenig da ist. Damit wird viel Goodwill geschaffen. Deshalb bittet der Sprechende den Rat, dem Sportleitbild grosszügig und überzeugt zuzustimmen; dann kann weitergearbeitet werden.

Stadtpräsident Urs W. Studer dankt zunächst für das Lob am methodisch-partizipativen Prozess bei der Erarbeitung dieses Leitbildes, aber auch für den Inhalt des Leitbildes und die sonstigen Skizzen und Massnahmen, die in der verlangten Kürze aufgezeigt wurden. Er wird diese Komplimente gerne den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterleiten. Zu den eher kritischen Bemerkungen zwei ebenfalls eher kritische Bemerkungen. Die eine an Marcel Lingg, den Sprecher der SVP-Fraktion. Diese nimmt das Leitbild erfreut zur Kenntnis und anerkennt auch, dass in den vergangenen fünf, sechs Jahren in der Stadt Luzern sehr viel für die Sportförderung getan worden ist, beantragt aber nichtsdestotrotz blosser statt zustimmender Kenntnisnahme und begründet dies damit, dass viele andere sportpolitische Anliegen – auch sicherheitspolitische im Zusammenhang mit Sportevents – in diesem B+A nicht enthalten seien. Diesbezüglich ist auf die Ausführungen von Luzia Mumenthaler zu verweisen, die betonte, dass mit dem Vorstoss ein Sportleitbild verlangt worden ist und nicht mehr und nichts anderes. Wenn man nun diesen Bericht nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen kann, weil die „eierlegende Wollmilchsau“ darin nicht beschrieben ist, ist das nicht ganz nachvollziehbar.

Als zweites möchte der Stadtpräsident zu den Ausführungen von Franziska Bitzi als Fraktionssprecherin der CVP, die kritisch anmerkte, beim Rotsee müsse man sich fragen, ob die Investitionen, wie sie dort stattfinden sollen, nicht viel eher eine blosser Investition in das Stadtmarketing seien, anfügen: Mit diesem Ansatz kann man natürlich genauso gut sagen, das FCL-Stadion, zu dem die Stadt Luzern mit einem mittleren zweistelligen Millionenbetriffnis beigetragen hat, sei ebenfalls lediglich oder zumindest primär eine Investition in das Stadtmarketing, denn das ist für die 15 Fussballer, die alle 14 Tage in diesem Stadion in einem Match von zweimal 45 Minuten eingesetzt werden, verhältnismässig viel Geld. Damit möchte der Sprechende nur sagen, dass sich die beiden Sachen, nämlich Sportevents und Stadtmarketing, nie ganz auseinander nehmen lassen. Der Sport braucht die Spitze, und die ist fussballerisch in der Zentralschweiz der FCL. Und der Sport braucht auch den Spitzenevent, um insbesondere Kinder und Jugendliche immer wieder anzuregen, sich sportlich und wettkampfmässig zu betätigen. Von daher ist es wohl nicht falsch, wenn man feststellt, Luzern sei – nicht zuletzt wegen des Rotsees und der vier Weltmeisterschaften, die dort bereits stattgefunden haben – eine eigentliche Rudersporthochburg mit den drei Ruderklubs, die im lokalen Konkurrenzverhältnis auch immer wieder Wettkämpfe gegeneinander austragen.

Marcel Lingg: Es ist manchmal nicht ganz einfach, Parteientscheide zu begründen, weshalb hier die Fraktion nur normal Kenntnis nehmen und nicht mit zustimmender Kenntnisnahme das Zeichen geben will, dass jetzt mit diesem Sportleitbild alles tipptopp ist und man wieder in den Alltag zurückgehen kann. Vielleicht ist es gar nicht so schlecht, jetzt nicht allzu stark in Lobesgesängen zu schwelgen, sondern mit normaler Kenntnisnahme quasi den Startpunkt zu geben, in Zukunft der Sportförderung wieder einen Stellenwert zu geben. Der Sprechende

nimmt als Beispiel den Rotsee – Sportarena, Naturarena. Die Finanzierung sei weggelassen; die ist ja bekanntlich ein Knackpunkt, wie bei allen Projekten. Aber bereits jetzt wird für den Zeitpunkt, wenn die Anlagen neu gebaut sind, über Einschränkung der Nutzung diskutiert; es kommen bereits jetzt schon andere Aspekte auf den Tisch wie Natur- und Heimatschutz und wohl etwas weniger die Anwohner, die sich gestört fühlen könnten, wenn die Ruderer schon im Frühling zu rudern beginnen und nicht nur ein oder zwei Regatten pro Jahr durchgeführt werden, obwohl man die Infrastruktur dafür hat. Die Ruderer würden natürlich am liebsten drei oder vier Regatten durchführen. Da möchte die SVP-Fraktion ansetzen: Was nützt es, wenn ein Leitbild zustimmend zur Kenntnis genommen wird, wenn alle Ja sagen zum Sport, aber wenn es dann um die Details geht, kommen aus den verschiedenen Parteien vermutlich wieder negative Voten: Man könne den Ruderern nicht entgegenkommen, man müsste eben dieses und jenes in Betracht ziehen und Einschränkungen machen; es dürfe nur eine grosse Regatta pro Jahr durchgeführt werden, weil diese Probleme mit dem Verkehr, den Vögeln, den Fledermäusen usw. verursachen. Da will die SVP-Fraktion ansetzen. Es ist einfach nicht so, dass man mit der Zustimmung zu diesen schön blau eingefärbten Sätzen zum Alltag zurückkehren und sich zurücklehnen kann, weil dann alles in Ordnung ist.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Der Anspruch, den der Stadtrat hat, und den das Parlament seit einigen Jahren mit ihm teilt, ist der der nachhaltigen Entwicklung. Und nachhaltige Entwicklung heisst, immer wieder die Balance zu finden zwischen den verschiedenen Bedürfnissen der Gesellschaft, der Ökonomie und aber auch der Ökologie. Als politisch Verantwortliche im Stadtrat für Umwelt und Naturschutz hält die Sprechende fest, dass man gerade in diesem Bereich sehr bemüht ist und wohl auch ans Ziel kommt damit. Aber diese Bereiche gegeneinander auszuspielen ist falsch. Das widerspricht komplett der seit Jahren von Parlament und Stadtrat forcierten nachhaltigen Entwicklung.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass der Rat auf den B+A 2/2012 eingetreten ist.

Detail

Zu 6, Wegweiser für die Umsetzung des Leitbildes, Seite 16 ff.

Markus Helfenstein: Wie ist der Satz „Besondere sportliche Leistungen, welche Luzernerinnen und Luzerner zu nationalen oder internationalen Ehren führen, würdigt der Stadtrat im Rahmen der Sportler/innen-Ehrung“ (Seite 17) zu verstehen? Bezieht er sich auf Stadtluzerner Bürger oder auf Mitglieder von Stadtluzerner Vereinen, oder ist mit dem Begriff Luzern der ganze Kanton gemeint? Darauf hätte der Sprechende gerne eine Antwort.

Laut **Stadtpräsident Urs W. Studer** bezieht sich der Begriff sowohl auf Mitglieder von Stadtluzerner Vereinen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, wie auch auf Personen, die hier wohnen, sich aber vielleicht extern, also sonstwo im Kanton oder vielleicht sogar ausserhalb, sportlich betätigen und es in einer anerkannten Sportart aufs Podest geschafft haben. Die

entsprechende Sportlerehrungen finden zweimal pro Jahr statt, und neben der Belobigung gibt es jeweils ein kleines Give-away – ein Leibchen oder ein Handtüchlein – und daneben reglementsgemäss einen Barcheck, der dem Einzelsportler oder dem Verein für seine Sport- und Jugendsportförderung zugute kommen soll.

Markus Helfenstein vermisst bezüglich Sportkommission (Seite 18) – er muss gestehen, dass er nicht wusste, dass René Baumann Mitglied ist – die ständige Vertretung der Sportorganisationen. Es steht lediglich, die Sportorganisationen hätten ein Recht auf Nominationsvorschläge. Das hätte der Sprechende gerne etwas schärfer drin gehabt, dass also wirklich immer jemand von einem Sportverein oder einer -organisation dabei ist. Er geht zwar davon aus, dass das aktuell der Fall ist, aber andernfalls würde er diesbezüglich wohl etwas unternehmen.

Stadtpräsident Urs W. Studer möchte insofern zur Klärung beitragen, als in dieser Sportkommission selbstverständlich im Vereinssport organisierte Leute sind, und zwar aus den verschiedensten Sportarten, angefangen beim Handball über das Rudern bis zu den Fussballsportlern und anderen mehr. Die Kommission basiert übrigens auf einer stadträtlichen Verordnung, mit der selbst die Rotation sichergestellt ist, sodass nicht immer die gleichen acht oder zehn Personen Mitglieder sind, sondern sie scheiden nach einer gewissen Anzahl Jahren aus. Das ist dann der Moment, in der entsprechenden Hallensportart tätige Kolleginnen und Kollegen zu ersuchen, sinnvolle Vorschläge für eine Nachfolge beizubringen.

Schlussabstimmung

- I In der Gegenüberstellung von Kenntnisnahme (Antrag der SVP-Fraktion) und zustimmender Kenntnisnahme entscheiden sich die Ratsmitglieder grossmehrheitlich für zustimmend Kenntnisnahme.**
- II Die Motion 71 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.**

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 2 vom 11. Januar 2012 betreffend

Leitbild Sport der Stadt Luzern,

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und Art. 87 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Vom Bericht „Leitbild Sport der Stadt Luzern“ wird zustimmend Kenntnis genommen.**
- II. Motion 71, Luzia Mumenthaler-Stofer namens der SP/JUSO-Fraktion, Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion und Urs Wollenmann, vom 7. Juni 2010: „Leitbild Sport und Sportförderung in der Stadt Luzern“, wird als erledigt abgeschrieben.**

**5. Interpellation 237, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion,
vom 19. September 2011: Was passiert mit dem Flohmarkt an der Reuss?**

Stefanie Wyss beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Stefanie Wyss: Die Fraktion der Jungen Grünen und Grünen dankt dem Stadtrat für die Beantwortung ihrer Fragen. Sie ist froh, dass der Stadtrat anerkennt, dass der Flohmarkt zur Stadt Luzern gehört und schon fast so etwas wie eine Institution ist. Allerdings befriedigen die Antworten nicht ganz. Die Fraktion hätte eigentlich ganz genau wissen wollen, wann der Flohmarkt nicht mehr an der Reuss stattfinden kann. Auf der Homepage von „Stadtraum und Veranstaltungen“ ist lediglich festgehalten, dass der Flohmarkt dieses Jahr am Reusssteg bzw. an der Burgerstrasse stattfinden kann. Es ist aber nicht klar, ob er im Frühjahr 2013 wirklich nicht mehr dort stattfinden kann. Eine verbindliche Aussage wäre sehr zu schätzen. Schade ist auch, dass in der Antwort die Petition zum Erhalt des Flohmarktes, die am 4. Januar 2012 mit 1300 Unterschriften eingereicht worden ist, mit keinem Wort erwähnt wird. Wo der Flohmarkt in Zukunft stattfinden wird, sagt der Stadtrat auch nicht. Es wäre eine Chance, den möglichen neuen Standort partizipativ auszuwählen. Es kann nicht sein, dass die Standortwahl ein Verwaltungsentscheid sein wird. Sonst werden die eventuell hitzigen Diskussionen vor allem in den Leser/innen-Spalten der NLZ geführt. Die Sprechende erinnert an die geplante Verlegung des Handwerkermarkts in die Lindenstrasse. Die G/JG-Fraktion könnte sich durchaus eine kreative Standortsuche vorstellen, in der z. B. die Interessierten online über den neuen Platz abstimmen könnten. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Table Ronde, an der die wichtigsten Interessengruppen rund um den Flohmarkt an der Reuss angehört werden. Die Öffentlichkeit einfach nur zu informieren, wie das in der Antwort des Stadtrates steht, hält die Fraktion für ein ziemlich „gefährliches“ Vorgehen.

Nina Laky: Die SP/JUSO-Fraktion möchte das Votum von Stefanie Wyss unterstützen. Wer schon einmal an einem ersten Sonntag in einem Monat am Flohmarkt im Südpol war, weiss, dass dort ein riesiger Andrang herrscht. Es ist offenbar ein grosses Bedürfnis, ein so niederschwelliges Angebot nützen zu können. Der Flohmarkt ist eine Institution, die es zu schützen und auch zu fördern gilt. Es treffen sich dort ganz viele verschiedene Leute, und es entwickeln sich häufig spannende Gespräche; es wird also nicht nur gehandelt. Die SP/JUSO-Fraktion plädiert ebenfalls wie Stefanie Wyss für den Einbezug aller Akteure. Sie hofft, dass sich die Flohmarkt-Standortfrage schnell löst; vielleicht ist in der Zwischenzeit schon etwas gegangen, und falls Ja, möchte das die Fraktion wissen.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Die angesprochene Petition wurde am 4. Januar eingereicht und somit am Tag, an dem der Stadtrat die Antwort auf die Interpellation 237 verabschiedete. Das ist damit geklärt. Nächstens wird die Sprechende mit einer Vertretung des Quartiervereins Kleinstadt ein Gespräch führen; es gibt natürlich ganz verschiedene Bedürfnisse und Anliegen in Bezug auf den Flohmarkt. Persönlich ist sie der Meinung, dass der Flohmarkt wirklich ein Flohmarkt sein soll und nicht einfach ein Händlermarkt. Es ist wohl

gut, wenn es die Gelegenheit gibt, diesen Markt vielleicht sogar neu zu „designen“. Es gibt tatsächlich ganz verschiedene Akteure; das ist richtig. Der Zeitpunkt der Sanierung ist leider einfach noch nicht bekannt.

Die Interpellation 237 ist damit erledigt.

**6. Interpellation 207, Dominik Durrer, David Roth und Marcel Budmiger namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Korintha Bärtsch, Monika Senn Berger und Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 8. Juni 2011:
Wann setzt die Stadt Luzern den Gegenvorschlag zur Städte-Initiative um?**

Nico van der Heiden: Die Unterzeichneten sind mit einer kurzen Erklärung zufrieden. Sie danken dem Stadtrat für seine ausführliche und gute Antwort. Sie hoffen, dass das erwähnte Gesamtverkehrskonzept möglichst rasch in Angriff genommen wird, und sie werden den Stadtrat dabei unterstützen.

Die Interpellation 207 ist damit erledigt.

7. Interpellation 222, Werner Schmid namens der SVP-Fraktion, vom 22. Juli 2011: Wie viele Luzerner haben keinen Schutzraumplatz?

Werner Schmid beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Wie **Werner Schmid** in den letzten Wochen oder sogar Monaten vernommen hat, hat sein Vorstoss doch einigen Staub aufgewirbelt oder doch immerhin einiges in Bewegung gesetzt. Der Interpellant ist sich völlig bewusst, dass die Steuerung des Schutzraumbaus der kantonalen Dienststelle für Militär, Zivilschutz und Justizvollzug obliegt. Mit dieser Stelle hatte er denn auch Kontakt.

Umso mehr bedankt er sich beim Stadtrat für die detaillierte und ausführliche Antwort auf seine Interpellation. Es ist halt schon so, wie er in Erfahrung bringen konnte, dass sich mit dem Zusammenschluss der Zivilschutzorganisationen zur ZSO-Pilatus, die im Übrigen vor wenigen Wochen ihr zehnjähriges Bestehen feiern konnte, in Sachen Schutzraumplätze einiges verändert hat. Trotz Abbau von 15'000 Schutzplätzen im Sonnenbergtunnel hat sich mit diesem Zusammengehen im Einzugsgebiet der ZSO-Pilatus ein Schutzplatz-Überschuss von zirka 3000 Plätzen ergeben, und das trotz einem Defizit auf dem eigentlichen Gebiet der Stadt Luzern von 6200 Plätzen.

Da ist aber eine Klammerbemerkung notwendig. Es musste wohl so sein, dass diese Interpellation an der letzten Sitzung dieses Rates nicht mehr behandelt wurde, denn der Sprechende

erhielt am 3. März von der kantonalen Dienststelle eine Mail, die lautete, dass die so genannten E-Schutzplätze nicht zur Schutzplatzbilanz gerechnet werden dürfen. Das bedeutet, dass entgegen der Antwort des Stadtrates und auch des gestrigen Artikels in der NLZ eben doch Handlungsbedarf für die Stadt Luzern besteht. Vielleicht entsteht dazu noch eine weitere Diskussion.

Damit aber zurück zur Antwort des Stadtrates, die Folgendes erwähnt: Basierend auf den Zivilschutzanlagen der Stadt Luzern ist die ZSO-Pilatus in der Lage, mehrere hundert Personen über einen Zeitraum von mehreren Tagen oder Wochen eine behelfsmässige Unterkunft anzubieten. Dies nicht zuletzt mit dem Nothilfeelement COBRA, welches eine Zivilschutzanlage mit erhöhtem Bereitschaftsgrad gewährleistet. Es ist nur zu hoffen, dass dies auch bei grösseren Ereignissen funktioniert bzw. dass die betroffenen Personen dann auch wissen, wohin sie sich begeben müssen.

Bedanken möchte sich der Sprechende auch für die Auskunft zur Frage 6. Hier gibt der Stadtrat ausführlich Auskunft über den Ersatzabgabe-Fonds. Und zu Frage 7 gibt der Stadtrat eine ausführliche Antwort über die getätigten Investitionen in den letzten Jahren; das ist sauber, und das ist nicht selbstverständlich. Zum Schluss bleibt nur zu hoffen, dass alle in diesem Zusammenhang geplanten Massnahmen nie 1:1 in einem Katastrophenfall umgesetzt werden müssen.

Ali Celik: Der Stadtrat gibt klare, differenzierte und ausführliche Antworten auf die Einzelfragen der Interpellation. Er zeigt deutlich auf, dass seit dem erfolgten Zusammenschluss der Zivilschutzorganisationen von Horw, Kriens und Luzern ein Überschuss von über 3000 Plätzen für die Stadtbevölkerung vorhanden ist. Die Antworten machen auch deutlich, wer wofür zuständig ist, wie die Zusammenarbeit organisiert ist und wie diese funktioniert.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die SVP-Fraktion vielleicht vergessen hat, wie man mit diesen Überschüssen, die ja auch etwas kosten, vorgeht. Die G/JG-Fraktion ist gesamthaft mit den Antworten des Stadtrates sehr zufrieden und vertritt die Auffassung, anstatt weitere Gelder in die Schutzräume zu investieren, die klassischen Ursachen für mögliche Gefahren zu bekämpfen. Einer der wichtigsten Gründe für den ursprünglichen Bau von Schutzräumen waren die Kriege in Westeuropa, aber auch der als gefährlich eingeschätzte Kalte Krieg und die Benützung der Atomwaffen. Krieg in Europa ist in absehbarer Zeit kaum möglich, und der kalte Krieg existiert nicht mehr im kriegerischen Sinne. Einer der aktuell wichtigsten Gründe für die Schutzräume können die Gefahren der Kernkraftwerke sein. Die G/JG-Fraktion vertritt schon lange die Politik der Abschaffung der Kernkraftwerke. Wäre man schon so weit, würde man vermutlich nicht mehr von der Notwendigkeit weiterer Schutzräume sprechen.

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Sie ist wie der Stadtrat der Meinung, dass kein Handlungsbedarf besteht. Ein paar Hinweise zur SVP: Gerade die Atomkatastrophe in Japan hat gezeigt, wie veraltet das schweizerische Schutzkonzept eigentlich ist, denn im Falle eines Atomunfalles rennen die Leute nicht von der Arbeit nach Hause in ihren Schutzraum, sondern sie rennen in ihre Garage oder zum nächsten

Auto und versuchen, möglichst weit weg zu fahren, was auch das vernünftigste ist, was man bei so einem Unfall tun kann. Wenn sich die SVP wirklich Sorgen macht wegen der Erdbeben, die sie im Vorstoss auch erwähnt hat, dann ist zu zurückzufragen, warum sie beim grössten Schulhaus der Stadt Luzern, dem Maihof, gegen die Erdbebenertüchtigung war. Wenn man wirklich etwas tun will für die Sicherheit der Bevölkerung gegen radioaktive Strahlen, würde man gescheiter die AKW abschalten; das wäre Ursachen-, statt Symptombekämpfung. Aber auch da war die SVP beim Energieleitbild nicht gleicher Meinung wie die Mehrheit des Rates. Sinnvoll wären solche Bunker und Plätze für alle, und nicht nur für die Leute, die direkt betroffen sind. Wenn es z. B. irgendwo eine Überschwemmung gibt, ist klar, dass die Stadt Unterkünfte anbieten muss, aber es betrifft dann meistens ein Quartier bzw. Leute, die z. B. einem Fluss entlang wohnen; sie müssen in höher gelegene Gebiete gebracht werden. Sinnvoll wären Bunker im klassischen Kriegsfall, wenn Panzer, die der Kanton hortet und dem Bund abkaufen soll, ausser Kontrolle kommen würden. Aber die SP/JUSO-Fraktion glaubt nicht, dass das der Fall sein wird, und sie hofft es auch nicht.

Werner Schmid verwahrt sich gegen die Aussage von Marcel Budmiger, die SVP sei gegen die Erdbebensicherheit gewesen im grössten Schulhaus der Stadt Luzern. Das war sie überhaupt nie. Sie hat detailliert aufgezeigt, was sie bemängelt hat, und das wurde erst im zweiten oder dritten Anlauf Thema, hat aber gar nichts damit zu tun, dass die Fraktion nicht für Erdbebenertüchtigung an einem solchen Objekt gewesen wäre.

Die Interpellation 222 ist damit erledigt.

**8. Interpellation 214, Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion,
vom 6. Juli 2011:
Polizei – Wie weiter bei den Vollzugsproblemen in der Stadt?**

Daniel Wettstein beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Daniel Wettstein: Aus Sicht der FDP-Fraktion und des Sprechenden persönlich gehört es sicher zu einer der zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand, für Ordnung zu sorgen in verschiedensten Bereichen und diese Ordnung auch durchsetzen zu können. Und deshalb lohnt es sich, gerade im Hinblick auf die bevorstehende Prioritätendiskussion, sich kurz bei diesem Thema aufzuhalten. Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die sehr ausführliche Antwort, und er ist auch sehr froh um die Presseorientierung vom 16. Januar, die sehr ausführlich war, und um das Gutachten, das erstellt worden ist. Neben den positiven Aspekten der Polizeifusion wird auch ganz klar auf gewisse Vollzugsherausforderungen hingewiesen. Insbesondere scheint die Stadt ab 2013 entweder konfrontiert zu sein mit mehr Kosten vis-à-vis dem Kanton für Leistungen, die sie einkauft, denn gratis wird sie diese wahrscheinlich nicht erhalten, oder, wie es angetönt wurde, mit mehr Stellen in der Stadt. Wer es heute in der Zeitung ge-

sehen hat – es ist zwar die Eingabe eines Einzelnen, die man natürlich auch hinterfragen kann –, aber es scheint doch, dass gewisse Herausforderungen einfach da sind, und es ist nicht ganz einfach. Insbesondere ist in der stadträtlichen Antwort auf die Frage 2 auch die Rede von Vollzugsdefiziten. Persönlich hat der Sprechende gewisse Zweifel daran, wenn gesagt wird, dass möglicherweise interne Stellen den Vollzug machen können. Denn es ist eine Herausforderung, wenn man gewisse Sachen draussen auf der Strasse oder mit Veranstaltern, wenn man also im öffentlichen Raum verhandeln und zurechtweisen oder etwas durchsetzen muss. Das ist eben genau die Grauzone, die sicher schwierig ist, und das ist eigentlich noch nicht ein Polizeiproblem, aber es ist auch nicht sicher, ob das für jemanden, der sich sonst in der Verwaltung bewegt, das Richtige ist, wenn er etwas durchsetzen muss. Und darum ist es gut, wenn sich dieser Rat im Hinblick auf die Budgetprioritätendiskussion damit auseinander setzt, was sich die Stadt leisten können soll oder muss.

Der Finanzdirektor hat eindrücklich auf das strukturelle Defizit hingewiesen, und dieses Thema gehört natürlich auch dazu, und darum ist der Sprechende gespannt auf die weiteren Voten zu diesem Thema. Er ist der festen Überzeugung, dass man Reglemente, egal welche, auch durchsetzen können muss. Sonst versucht jeder den Rahmen eines Reglements auszunützen und möglicherweise noch zu sprengen. Je mehr man reglementiert, umso mehr Kosten verursacht dann natürlich das Durchsetzen.

Luzia Mumenthaler-Stofer: Die SP/JUSO-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden. Stadt und Kanton haben erkannt, dass beim Vollzug der städtischen Reglemente noch einiges abgeklärt und besprochen werden muss. Sie haben jetzt schon Anpassungen vorgenommen und die Zuständigkeitsfelder klar definiert. Die Fraktion begrüsst es, dass die Stadt und der Kanton im steten Dialog nach weiteren Lösungen suchen. Sie ist sehr zuversichtlich, dass die Stadt und der Kanton für alle noch offenen Fragen, wie z. B. beim Vollzug des Reglements über die Strassenprostitution, auch gute Lösungen finden werden.

Jörg Krähenbühl: Die Antworten auf die Fragen des Interpellanten zeigen auf, dass im Rahmen der Umsetzung der Zusammenlegung der beiden Polizeikorps von Stadt und Kanton Luzern Zuständigkeitsfragen auftauchten. Obwohl die SVP-Fraktion auch zu den Befürwortern der Fusion zählte, ist sie mit dem jetzigen Zustand unzufrieden; ja sie betrachtet im Nachhinein die Fusion sogar als Fehlentscheid. Aus damaliger Sicht aber war es eine Vernunftsentcheid, weil man sagte, wie viel damit eingespart wird. Die Fraktion wird das Gefühl nicht los, dass der Kanton von der Fusion übermässig profitiert hat. Auf keinen Fall hat sie damit gerechnet, dass für den Beizug der Luzerner Polizei in ihrer Funktion als Sicherheitspolizei ein Leistungseinkauf beim Kanton vorgenommen werden muss. Für die SVP-Fraktion kommt ebenfalls der Aufbau eines eigenen Ordnungsdienstes nicht infrage. Allerdings geht es auch nicht, dass ein Leistungseinkauf am Ende teurer käme als eine eigene Polizei. Sie sieht daher die Regierung in der Pflicht. Der Stadtrat war ja ein vehementer Befürworter der Fusion. Die Fraktion hofft, dass die Leistungsvereinbarung eine gewisse Entspannung in der Diskussion bringt. Sie wird die weitere Entwicklung im Auge behalten und sich zur gegebenen Zeit wieder melden, falls die Entwicklung nicht in die von ihr gewünschte Richtung geht.

Christian Hochstrasser: Es ist schön, dass die FDP einsieht, dass die Umsetzung all der Reglemente für Ordnung und Sicherheit eine Herausforderung ist: Prostitution, Wegweisung, Littering, öffentlicher Raum allgemein. Der Sprechende könnte sich vorstellen, dass dies das nächste Mal bedacht wird, wenn bei jedem kleinsten Ärgernis (der Sprechende sagt bewusst Ärgernis, das nicht unbedingt immer sicherheitsrelevant ist), das ansteht, gerade nach hartem Durchgreifen geschrien und neue Reglemente gefordert werden.

Thomas Gmür: Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Sie ist mit den Ausführungen zufrieden. Dieser Vorstoss wurde im letzten Sommer eingereicht, als die Probleme im öffentlichen Raum virulent waren und von allen Seiten erkannt wurden. Der Stadtrat hat mit dem Kanton zusammen Lösungen gesucht und diese im Verlauf des vergangenen Jahres, im Herbst, aber auch zu Beginn dieses Jahres gefunden. Die Fraktion wird den Stadtrat beim Wort nehmen und schauen, wie er nun diese Probleme im öffentlichen Raum zu lösen gedenkt, namentlich auch in Bezug auf die Strassenprostitution.

Daniel Wettstein fühlt sich von Christian Hochstrasser herausgefordert. Das nennt man strukturelles Wegschauen, und das ist natürlich nicht das, was die FDP-Fraktion propagiert. Sie ist sich sehr wohl bewusst, wenn man in sensitiven Bereichen – und man kann darüber streiten, ob die 1,5 Quadratmeter, die auch im Raume stehen, gerade das Allerwichtigste sind –, aber Christian Hochstrasser hat wahrscheinlich das berühmte Quartier angesprochen, und das ist natürlich sehr wohl sensitiv. Die FDP-Fraktion steht dafür ein, dass ein Reglement, wenn man es hat, auch durchgesetzt werden soll. Es gibt sehr wohl Gebiete, wo man etwas machen muss; ob man es überall in dieser Feinheit machen muss, darüber kann man diskutieren. Aber die Fraktion steht dafür ein, auch von den Prioritäten her, und diese Diskussion wird in der Budgetdebatte noch zu führen sein. Die Sicherheit der Bevölkerung, Littering usw. sind vornehme Aufgaben der öffentlichen Hand, aber es gibt wohl andere Gebiete, welche die Grünen nicht ansprechen würden, wo dann über Prioritäten gesprochen werden darf.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Es geht immer wieder um die Diskussion, wie für Sicherheit und Ordnung gesorgt wird. Es gibt die polizeiliche Sicherheit, und die ist definiert, und es gibt die subjektive Sicherheit, wie man etwas empfindet. Littering bezeichnet man heutzutage als Sicherheitsfrage; das wäre vor 20 Jahren wohl niemandem eingefallen; man hätte gesagt, es sei eine Sauerei. Die Polizei ist jetzt seit zwei Jahren und bald drei Monaten in der Verantwortung des Kantons. Und es gilt das AKV-Prinzip: Aufgabe, Kompetenz, Verantwortung. Die Stadt hat keine Weisungsbefugnisse mehr gegenüber der Polizei; es gibt den Sicherheitsausschuss, in dem sie ihre Anliegen einbringen kann. Das ist vielleicht auf einem etwas höheren Niveau als bei anderen Gemeinden, die auch permanent mit der Polizei in Kontakt sind, aber für eine Kernstadt, wie Luzern das ist, ist das auch angebracht. Es wurde gesagt, dass einige Fragen geklärt werden konnten nach der Fusion, und es wurde auch gesagt, dass ein Problem aufgetaucht ist nach einer solchen Fusion. Da muss die Sprechende manchmal etwas auf den Stockzähnen lachen oder zumindest lächeln. Es waren genau die Fragen, die für sie lange im Vordergrund standen. Sie sagte immer, dass sie der Mei-

nung ist, dass eine Behörde wie die Stadt Luzern über eine Polizei verfügen können muss, der sie auch Weisungen geben kann, der sie sagen kann, was die Strategie der Stadt Luzern ist. Als die Fusion in diesem Rat besprochen wurde, sagte sie dass es zwei Themen gibt, die Macht und die Sicherheit. Und wenn man das aus der heutigen Situation heraus, auch aus der Veränderung der Probleme heraus – Schengen usw. – betrachtet, dann ist die Sicherheit der Leute prioritär gegenüber dem, dass eine Stadt eine gewisse Macht ausüben kann. Das war so etwa die Balance. Das gilt heute noch. Und ob Fusion hin oder her: Die Probleme, welche die Stadt heute hat, und auch die Zunahme, die hätte sie auch gehabt, wenn es noch eine Stadtpolizei gäbe. Es gibt bei der Kantonspolizei ein Ressourcenproblem, und damit wäre – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche – auch die Stadt konfrontiert gewesen. Auch sie wäre mit der Forderung nach personellen Ressourcen konfrontiert gewesen. Es ist natürlich klar, wenn die Ressourcen nicht vorhanden sind, zieht sich die Polizei auf ihre klaren Kernaufgaben zurück. Selbstverständlich hat sie auch die Aufgabe, Strafbestimmungen zu vollziehen, und das tut sie auch.

Es gab in dieser Fusion ein Problem. In jeder Fusion gibt es Probleme, ob bei kleinen oder grossen Firmen, und die werden jetzt bearbeitet. Die Situation wurde aber absolut skandalisiert. Es war natürlich spannend: Stadt – Kanton, dazu noch zwei SP-Frauen, Zickenkrieg usw. – das gibt wunderbare Storys für die Presse. Aber wichtig ist, dass jetzt Lösungen gefunden werden, und es wurde jetzt auch eine gefunden, auch wenn klar ist, dass es noch einen Graubereich gibt. Jörg Krähenbühl sagte, im Nachhinein sei die Fusion ein Fehler. Nein, sie ist kein Fehler. Es wurde auf viele Sachen hingewiesen, und das Problem mit den personellen Ressourcen hätte man ohne Fusion einfach in zwei Gemeinwesen. Im Gesamten aber hat man nach der langjährigen guten Zusammenarbeit eine Fusion, die geglückt ist und auch funktioniert.

Wenn auf das Reglement über den öffentlichen Grund verwiesen wird. Dieses Reglement wurde partizipativ mit allen Interessierten erarbeitet. Es wurde vom Stadtrat verabschiedet, es wurde von diesem Rat diskutiert und verabschiedet, und man hätte das Referendum dagegen ergreifen können. Wenn man nicht damit einverstanden ist, dass eine Geschäftsauslage nur 1,5 Quadratmeter gross sein kann und Boulevardrestaurants 20 Quadratmeter haben können, dann ist das völlig logisch, so dass man darüber gar nicht diskutieren muss. Man muss aufpassen, dass nicht permanent das Gefühl da ist, dass Reglemente oder Gesetze nicht vollzogen werden. Reglemente und Gesetze gibt es ja, weil immer gegen Regeln verstossen worden, Darum ist die Abteilung Stadtraum und Veranstaltung auch unterwegs, um die Regeln zu vollziehen. Es gibt immer wieder Geschäfte, die versuchen, etwas mehr hinauszulegen, und es gibt immer wieder Boulevardrestaurants, die Tische in den Gehbereich hinausstellen. Darum geht man dort vorbei und sagt, dass es so nicht geht. Und dann geht man vielleicht noch einmal vorbei, und es geht immer noch nicht, und dann muss man irgendwann mit größerem Geschütz auffahren. Aber das gefährdet nicht die Sicherheit. In so einer Situation ist es besser, dass die Polizei dort unterwegs ist und ihren Schwerpunkt legt, wo es z. B. Einbruchserien gibt, wo kriminelle Taten verübt werden. Auch in diesem Bereich muss die Balance gefunden werden. Es ist wirklich nicht gut, wenn man jetzt plötzlich zu sagen beginnt, die Fusion sei ein Fehler gewesen. Sie ist kein Fehler gewesen, aber der Prozess läuft immer noch. Man kann

nicht erwarten, dass zwei Jahre nach der Heirat der Stadtpolizei, die es seit 140 Jahren gab, mit der etwas über 100 Jahre alten Kantonspolizei alle Fragen und Probleme gelöst sind. Aber man ist daran.

Verena Zellweger-Heggli fühlt sich etwas herausgefordert, weil sie damals eines der beiden Ratsmitglieder war, die gegen die Polizeifusion votierten. Sie sagte, die Stadt wolle wachsen und habe dann zu wenig Reaktionsmöglichkeiten, könne auf dem grossen Gebiet nicht sofort intervenieren, wenn es Sicherheitsprobleme gibt. Genauso scheint es herausgekommen zu sein. Es ist nicht ideal, wenn man sagt, es gebe bei jeder Fusion Probleme. Das stimmt zwar, das mag sein, aber bei der Sicherheit darf man keine Versuche machen. Das geht nicht, das geht im Interesse der Bevölkerung nicht. Die Sprechende hat den Bericht gelesen und ist da-rob etwas erschrocken. Im Moment ist die Trägheit zu gross, um zu reagieren, und darum ap-pelliert sie an die Kantonsräte in diesem Rat, dass sie sich im Auftrag ihrer Partei oder auch dieses Rates, der Stadt, der Gemeinde, im Kantonsrat engagieren. Denn die Sicherheit betrifft die ganze Bevölkerung und auch alle, welche die Stadt Luzern besuchen. Die Sprechende sagt nicht, dass es ein Fehler war, aber man muss in die Zukunft schauen und es wirklich besser machen.

Die Interpellation 214 ist damit erledigt.

Dringliches Postulat 293, Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 8. Februar 2012: Fussverkehr

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst antwortet im Namen der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Zur Ausgangslage: Die Einfache Gesellschaft Wesemlin hat in ihrem Baugesuch vom 24. April 2009 um die Baubewilligung für ein Mehrfamilienhaus mit Einstellhalle an-stelle des abzubrechenden Gebäudes nachgefragt. Mit StB 769 vom 1. September 2010 wurde die Baubewilligung für das Erstellen eines Mehrfamilienhauses mit einer Tiefgarage mit Auf-lagen bewilligt. Da Unter-Niveau-Bauten bis an die Grenze gestellt werden können, sind die Bauarbeiten oftmals nicht anders zu bewerkstelligen als unter Beanspruchung von Nachbar-grundstücken. Dies ist gegenüber privaten Grundstücken im § 93 Abs. a EG ZGB geregelt. Bei öffentlichen Grundstücken ist das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes vom 28. Oktober 2010 heranzuziehen. In diesem Sinne wurde der Einfachen Gesellschaft Wesemlin auf ihr Gesuch vom 31. Januar 2012 hin die Bewilligung erteilt, den Landschawweg, Grund-stück 1917 Grundbuch r. Ufer, während der Zeit vom 27. Februar bis 31. Mai 2012 zwischen der Mettenwylstrasse einerseits und der Wesemlinstrasse andererseits zu sperren. Diese Bewil-ligung wurde, anders als in einem Baubewilligungsverfahren, ohne Einbezug Dritter, z. B. von Nachbarn, erteilt. Das ist ein Verfahren einzig zwischen Gesuchsteller und Stadt Luzern. Dabei handelt es sich gemäss Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes um den gesteigerten Gemeingebrauch öffentlichen Grundes, der Privaten auf Gesuch hin in der Regel ge-

gen Gebühr bewilligt wird. Im Zusammenhang mit der Sperrung des Landschauweges wird der Stadtrat aufgefordert, die folgenden fünf Schritte zu prüfen bzw. umzusetzen:

Schritt 1: Die Stadt Luzern soll vor einer Baumassnahme mit den Bewohnern des Quartiers das offene und direkte Gespräch suchen.

Aufgrund des Vorliegens einer Baubewilligung kann davon ausgegangen werden, dass ein bewilligtes Gebäude die von der Stadt Luzern gestellten Auflagen erfüllt. Ein offenes und direktes Gespräch mit den Bewohnern des Quartiers vor jeder Baumassnahme würde die personellen Ressourcen der verantwortlichen städtischen Stellen übersteigen. Fallweise wird jedoch geprüft, ob zusätzliche Informations- und Kommunikationsmassnahmen nötig sind, vor allem bei grösseren Projekten.

Schritt 2: Die Stadt Luzern soll aktiv werden und sich für eine gute Lösung einsetzen, welche nicht nur den MIV (motorisierten Individualverkehr) reguliert, sondern eben auch für die zu Fuss Gehenden aus dem Quartier attraktiv ist.

Am Beispiel des Vorgehens im Vorfeld der Bewilligungserteilung zur Sperrung des Landschauwegs kann aufgezeigt werden, dass sich die Stadt für gute Lösungen auch für die zu Fuss Gehenden einsetzt. In diesem Falle hat sich das Tiefbauamt mit dem Quartierverein und der Bauherrschaft im Rahmen einer Aussprache getroffen. Es wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, um einen Ersatzweg anbieten zu können. Insbesondere haben die Planer und die Verkehrstechnik des Tiefbauamtes die Variante einer Hilfsbrücke geprüft. Diese stellt jedoch vor allem für ältere Menschen ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko dar. Zudem erscheint es ungewiss, wie sich Kinder oder Jugendliche auf einer Hilfsbrücke verhalten werden, und Vandalismus kann nie gänzlich ausgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Aspektes stellten die Planer nach eingehender Prüfung fest, dass die Benutzung einer Hilfsbrücke keine praktikable Lösung für den Landschauweg darstellt. Die Bauherrschaft ihrerseits untersuchte anschliessend weitere Alternativen. Die Abklärungen haben jedoch ergeben, dass weder ein Weg über private Grundstücke noch eine Etappierung der Bauarbeiten angeboten werden kann. Vonseiten der Stadt Luzern wurden wie üblich zum Schutz der Fussgängerinnen und Fussgänger sowie anderer Verkehrsteilnehmer verschiedene verbindliche Bedingungen und Auflagen in die Bewilligung zur Benützung des öffentlichen Grundes aufgenommen. Dazu gehören: Ausserhalb der Bauabschränkungen darf mit Ausnahme der mündlich vereinbarten Gegenstände kein Bau- und Maschinenmaterial auf öffentlichem Grund und Boden deponiert werden. Um eine übermässige Beeinträchtigung der Nachbarliegenschaften durch Lärm, Staub, Erschütterungen usw. zu vermeiden, sind alle technischen und baulichen dem Stand der heutigen Technik entsprechenden Massnahmen anzuwenden. Innerhalb des Installationsplatzes auf öffentlichem Grund dürfen zu Parkierungszwecken keine Motorfahrzeuge abgestellt werden. Sondertransporte oder ausserordentliche Massnahmen sind dem Tiefbauamt zu melden. Bei Rückwärts- oder anderen Fahrmanövern der Baustellenfahrzeuge auf dem öffentlichen Grund Mettenwylstrasse/Landschauweg hat eine Person mit getragener Leuchtweste dafür zu sorgen, dass weder Passantinnen und Passanten, noch Fahrzeuge, noch Gebäude zu Schaden kommen können. Während der Grabarbeiten für Werkleitungsanschlüsse im Fahrbahnbereich und auf dem Trottoir Höhe Mettenwylstrasse 11 ist ein Verkehrsdienst aufzubieten. Dieser gewährleistet die Sicherheit von Passantinnen und

Passanten und regelt den Verkehr zwischen Baumaschinen und Strassenverkehrsteilnehmenden im Baustellenbereich.

Schritt 3: Private Bauprojekte sollen nicht einseitig zulasten der zu Fuss gehenden Quartierbevölkerung erfolgen.

Bei der Prüfung von Gesuchen betreffend gesteigerten Gemeingebrauch von öffentlichem Grund durch Private im Zusammenhang mit Unterniveaubauten stehen Bau- und vor allem sicherheitstechnische Überlegungen im Vordergrund. Bauarbeiten stellen grundsätzlich ein erhöhtes Risiko dar und bedürfen einer hohen Aufmerksamkeit. Die Sperrung eines Fussweges ist für Passantinnen und Passanten unangenehm. Die Sicherheit der Wegbenutzerinnen und -benutzer ist aber höher einzustufen als der weitere Weg zu Einkaufsmöglichkeiten oder zu einer Bushaltestelle.

Schritt 4: Die Bedürfnisse der Fussgänger sind im Sinne einer nachhaltigen städtischen Mobilität ernst zu nehmen und angemessen zu berücksichtigen.

Diese Ansicht vertritt auch der Stadtrat und vertritt auch die Direktion für Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Bei der Sperrung des Landschauweges handelt es sich jedoch um eine temporäre Massnahme, die ungefähr drei Monate andauern wird. Nach Abschluss werden sowohl Landschauweg als auch Mettenwylstrasse für die zu Fuss Gehenden wieder ohne Einschränkungen begehbar sein.

Schritt 5: Der Landschauweg ist mit geeigneten Massnahmen bauseits lückenlos für den Fussverkehr aufrechtzuerhalten.

Bei der Beurteilung des Gesuchs um die Sperrung des Landschauweges galt es, die Bedürfnisse der Benutzer/innen des Landschauweges und die Sicherheitsrisiken einander gegenüberzustellen. Nach eingehender Prüfung der Situation kommt die Verkehrstechnik zum Schluss, dass die Sicherheit für die Wegbenutzerinnen und -benutzer nicht in genügendem Masse garantiert werden kann und die Offenhaltung des Landschauweges darum abgelehnt werden muss.

Der Stadtrat nimmt das Dringliche Postulat – das er als nicht dringlich erklärt haben wollte – teilweise entgegen, das heisst: Die Forderungen 2 bis 4 werden entgegengenommen, die Forderung 1 bei grösseren Projekten, die Forderung 5 wird abgelehnt.

Jules Gut: Wenn gebaut wird, gibt es Einschränkungen; das ist allen klar. Doch auch Fussgänger haben aus Sicht der GLP-Fraktion Anrecht auf einen gewissen Komfort. Es kann doch nicht sein, dass ein wichtiger Weg im Quartier sang- und klanglos für drei Monate mir nichts dir nichts geschlossen wird. Wäre es eine Strasse gewesen, hätten die Lobbyisten von TCS und ACS doch längstens dafür gesorgt, dass die Strasse jederzeit offen bleibt. Aber wer kämpft für die Forderungen der zu Fuss Gehenden? Offenbar besteht auch trotz dem Reglement zur nachhaltigen Mobilität kein grosses Bedürfnis, die Interessen von fast 50 Prozent der Bevölkerung, die kein Auto im Haushalt stehen haben, adäquat zu vertreten. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es nicht sein kann, einen Weg für drei Monate mir nichts dir nichts zu schliessen. Oder sind es jetzt eben doch nur eineinhalb Monate? Auf Nachfrage wurde dem Sprechenden telefonisch gesagt, es werden sicher nicht drei Monate sein, eineinhalb Monate würden reichen. So wie es jetzt aussieht, sind es aber doch drei Monate oder vielleicht sogar

vier. Man weiss es nicht. Und so klar, wie es jetzt von der Stadträtin gesagt wurde, ist die Antwort im Quartier offenbar überhaupt nicht, wie lange diese Sperrung effektiv dauert. Offenbar ist die Ausnützung bzw. die Tiefgarage so gross, dass es für einen einfachen Fussgänger keinen Platz mehr hat. Diese Argumentation ist für die GLP-Fraktion nicht nachvollziehbar. Vor einigen Monaten wollte ein Anwohner in der Mettenwylstrasse für seinen rein privaten Umbau eine Mulde auf der Strasse oder auf dem Trottoir deponieren. Er erhielt eine negative Antwort, wahrscheinlich zurecht; er müsse das auf dem privaten Grund machen. Als Grund wurde angegeben, es sei ein wichtiger Fuss- und Schulweg. Nun kann ein Anwohner den ganzen Weg (den Landschauweg) sperren, und solche „Geschichten“ werden von der Bevölkerung nicht verstanden. Auch wenn die Baudirektion fachliche Gründe auflisten kann, es bleibt im Quartier einfach ein merkwürdiger Geschmack zurück, wenn man so über die Interessen der Bevölkerung oder eben über die Interessen der zu Fuss Gehenden entscheidet. **Die GLP-Fraktion hält am Postulat fest.** Wo ein Wille ist, wäre auch ein Weg.

Andreas Wüest: Am Schluss war zu erfahren, dass Jules Gut bzw. die GLP-Fraktion am Postulat festhält. Das macht es etwas schwierig, im Namen der ganzen SP/JUSO-Fraktion zu reden, aber der Sprechende geht trotzdem davon aus, dass die Fraktion den Vorstoss in diesem Falle nicht vollständig überweisen kann. Die Erläuterungen von Ursula Stämmer haben grösstenteils überzeugt. Es stellt sich natürlich immer die Frage, ob man noch etwas mehr hätte tun können, und es ist nicht genau bekannt, wann der Quartierverein einbezogen wurde. Aber die SP/JUSO-Fraktion teilt natürlich die Auffassung, dass die Sicherheit bei Bauvorhaben wichtig ist, und dass es Sicherheitsrisiken gibt, ist klar. Grundsätzlich würde sie es natürlich auch begrüssen, wenn wirklich alle Massnahmen ergriffen werden, um auch in Zukunft die Wege offen zu halten. Jules Gut sei noch gesagt bezüglich den privaten Verkehr, dass bis jetzt nichts zu hören war darüber, dass der ACS oder der TCS wegen der Brünigstrasse interveniert hätte. Vielleicht ist das der Fall, aber es kommt vor, dass auch einmal eine Strasse für den Autoverkehr gesperrt wird. Aber nochmals: Grundsätzlich gilt für die SP/JUSO-Fraktion, dass der Fussgängerverkehr zu bevorzugen ist und die Wege möglichst lange offen gehalten werden. Trotzdem kann sie der vollständigen Überweisung des Postulates nicht zustimmen.

Markus Mächler scheint das Problem, das Jules Gut hier aufwirft, auf zwei Ebenen beheimatet zu sein. Einmal gibt es die operative Ebene vor Ort, an diesem Weg bzw. an dieser Baustelle, und diesbezüglich dankt er der Stadträtin für die Lehrstunde in Bauleitung. Es war interessant zu hören, wie das zu bewerkstelligen ist. Es ist nachvollziehbar, dass die betroffene Amtsstelle das alles der Bauherrschaft mitteilen und vorschreiben muss; das ist eigentlich klar. Weniger klar ist aber, ob hier tatsächlich ein ganzes Quartier leidet. Es betrifft vielleicht einige wenige in einem Quartier, und das hätte man vielleicht auf der Ebene des Quartiervereins zusammen mit der betroffenen Amtsstelle abhandeln können. Wäre diese Sperrung tatsächlich eine so grosse Störung für das Quartier, wären die betroffenen Nachbarn mit Sicherheit bereit gewesen, über diese kurze Zeit auf ihrem Grundstück einen Weg einrichten zu lassen. Das ist aber offenbar nicht nötig oder mindestens leiden die Nachbarn nicht wirklich unter dem Problem.

Zum Zweiten, und das ist wohl das Grundsätzlichere, fragt sich der Sprechende, ob dieses Anliegen überhaupt parlamentsfähig ist. Wenn man es in den Zusammenhang mit der Philosophie der nachhaltigen städtischen Mobilität bringt, ist nachvollziehbar, dass man es hier diskutieren will und muss. Allerdings ist das Problem, wie zu hören war, ja gar nicht nachhaltig; es besteht sogar sehr kurz und endet spätestens am 31. Mai. Es wäre auch nachvollziehbar, wenn die Bauherrschaft den ganzen Aufwand mit dieser Verkehrsregelung nicht all zu lange aufrechterhalten will, das Programm strafft und vielleicht ein paar Stunden länger arbeitet, damit sie nur eineinhalb Monate lang die Störerin ist und nicht die ganzen bewilligten drei Monate. Das ist ja möglich. Aber damit befindet man sich bereits wieder auf der unteren Ebene, aber das gehört nicht hierher.

Katharina Hubacher: Ob parlamentsfähig oder nicht: Es ist jetzt im Parlament, und es ist eine Gelegenheit, auf einige Grundsätze zurückzukommen. Einerseits soll mit den Quartieren zusammengearbeitet werden, sollen die Quartiere weiterentwickelt werden, und dazu gehört gerade in schwierigen Situationen die Kommunikation. Soweit die Sprechende informiert ist, gab es als Information ein Schreiben an die Haushaltungen, aber ohne Absender, sodass man nicht recht wusste, wer eigentlich was informiert. Die Stadt hat dort jedenfalls nicht mitgezeichnet. Kommunikation ist die eine Ebene. Dass frühzeitig und umfassend das ganze Quartier informiert wird, ist wichtig, weil es tatsächlich ein wichtiger Verbindungsweg zum Einkaufen ist; für viele ist es eine praktische Abkürzung, um ihre täglichen Einkäufe zu erledigen. Von daher müssen Fusswege, wie es auch in der Antwort zu hören war, eine hohe Priorität haben und wenn immer möglich wirklich aufrechterhalten werden. Das ist auch in der Interpellation 300, die jetzt hier und heute nicht behandelt wird, ein wichtiges Anliegen: Dass Fusswegen bei Baustellen, seien sie temporär oder länger, wirklich hohe Priorität zugemessen wird und dass man sie öffnet und aufrechterhält, auch wenn das mit Kosten verbunden ist, auch wenn das für andere vielleicht eine Einschränkung bedeutet. Will man der Quartierentwicklung eine hohe Priorität zumessen, muss an diesem Prinzip festgehalten werden.

Laura Grüter Bachmann stellt als Bewohnerin des Quartiers und auch als Benützerin des besagten Bäckerweges fest, dass es sich tatsächlich um einen Umweg handelt. Umwege sind immer etwas mühsam und unbequem. Aber ob es wirklich so viele Betroffene sind? Diesbezüglich möchte die Sprechende Markus Mächler recht geben. Ihr scheint das Ganze reichlich aufgebauscht, denn eine so grosse Störung für einen beschränkten Zeitraum ist das nicht. Sie ist verkraftbar. Sicher muss die Kommunikation gut funktionieren, und die hat hier offenbar nicht so gut funktioniert. Wichtig ist auch, dass die Stadt mit den Quartieren zusammenarbeitet, Lösungen sucht und den Kontakt pflegt. Das hat scheinbar stattgefunden, wie der Antwort von Ursula Stämmer entnommen werden konnte. Wünschbar ist sicher auch, dass die Sperrung so kurz wie möglich dauert, aber die vorgesehene Dauer ist alles in allem verkraftbar. Die Sprechende ist sogar überzeugt, dass wenn verschiedene Leute, die jetzt ein so grosses Drama daraus machen, dort bauen würden, es ganz ähnlich laufen würde. In diesem Sinne ist die FDP-Fraktion mit der Antwort des Stadtrates einverstanden.

Marcel Lingg möchte an den Wortmeldungen von Laura Grüter und Markus Mächler anschliessen: Auch die SVP-Fraktion fragt sich, ob es wirklich nicht wichtigere Themen gibt, die in diesem Rat diskutiert werden sollen, als in Zukunft jede Baustellenanordnung bis ins letzte Detail mit Rotlichtphase, Ersatzweg usw. einzeln zu besprechen. Wohin geht dieser Rat; wohin geht diese Gesellschaft? Was wird im Namen dieser Wohlstandsgesellschaft gefordert? Ist es Bequemlichkeit, Vernunft, Rücksichtnahme? Es geht hier um eine dreimonatige kleine Einschränkung, und wenn der Sprechende klein sagt, dann meint er wirklich klein, denn in dem Dringlichen Postulat wird wahnsinnig übertrieben. Da wird von 20 bis 25 Minuten zusätzlichem Aufwand geschrieben, den man einberechnen muss, nur weil der Strassenverlauf etwas anders ist. Man sollte am Boden der Realität bleiben, denn so schlimm ist es nun wirklich nicht. Und auch wenn es ein paar Minuten mehr Weg sind, hat es letztendlich noch niemandem geschadet, ein paar Minuten länger an der frischen Luft zu laufen.

Zu den Kosten noch: Die Grünliberalen haben heute einen Vorstoss als dringlich beurteilt, in welchem nach den Kosten des Referendums der SVP gefragt wird. Der Sprechende fragt hier etwas anders: Was kostet es, wenn eine Bauherrschaft sehr viel für Massnahmen aufwenden muss, um den bisherigen Fussweg- bzw. Radverkehr garantieren zu können? Das kann zu Kosten führen, die irgendwann nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zum Bauprojekt stehen. Auch da sollte man die Vernunft walten lassen. Es geht hier um eine dreimonatige oder vielleicht etwas längere oder auch weniger lange Sperrung, die einen kleinen Umweg erfordert. Diese Kosten sollte man nicht der Bauherrschaft überbinden, denn letztendlich verteuert das den Wohnraum, und das ist auch nicht das Ziel, das wohl die meisten in der Stadt Luzern haben.

Jules Gut gibt den geschätzten Rednern der FDP, der CVP und der SVP selbstverständlich recht, dass diese dreimonatige Sperrung nicht so wahnsinnige Auswirkungen hat. Aber darum geht es ja eigentlich nicht. Es geht um die Sensibilisierung für die Verkehrswege und die Mobilität in einer Stadt, wo es eben viele Leute hat, die darauf angewiesen sind, dass sie zu Fuss gehen müssen und es deshalb nicht gleichgültig sein soll, wie die Wege abgewickelt werden. Das war eigentlich die Idee bzw. der Grund für dieses Postulat. Persönlich hat der Sprechende ganz viele andere Rückmeldungen erhalten, die zeigten, dass es gut ist, dass das hier thematisiert wird. An die Adresse der Stadträtin sei gesagt, dass sich der Sprechende intensiv und lange mit dem zuständigen Sachbearbeiter unterhalten hat, und so schönfärberisch, wie jetzt die Antwort den Eindruck erweckte, war es wohl eben doch nicht.

Als er feststellte, dass es mit der Orientierung nicht ganz klappte, hiess es, ja, es hat eben nicht ganz geklappt. Von einer Sensibilisierung, dass es in einer Stadt wichtig wäre, dass die Leute richtig und gut informiert sind, war nichts zu spüren. Diese fehlende Sensibilisierung und dass man dem Thema nicht Beachtung schenkt, hat den Sprechenden am Ganzen gestört. Als er das erste Mal in der Stadtverwaltung anrief, wusste man nicht einmal, dass dort ein Weg gesperrt ist, und man musste zuerst ausfindig machen, wo dieser Weg überhaupt ist. Der Umgang mit Fussgängern, mit Leuten, die keine Lobby haben, hat den Sprechenden gestört und dazu bewogen, diesen Vorstoss einzureichen. Die GLP-Fraktion hat den Sprechenden eindringlich gebeten, sich mit der teilweisen Überweisung des Postulates einverstanden zu

erklären. **Demzufolge ist die GLP-Fraktion also mit der teilweisen Überweisung einverstanden.**

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst: Der Geissensteinring wurde – ohne Vorinformation – wochenlang für den motorisierten Individualverkehr gesperrt, weil es dort einen Wasserleitungsbruch gab. Im Moment ist auch die Unterlachenstrasse gesperrt, sodass mit dem Auto dort nicht durchgefahren werden kann. Es geht wirklich darum, die Balance zu suchen und zu halten. Jules Gut sei gesagt, dass es durchaus möglich ist, dass ein Mitarbeiter, dem er telefoniert hat, nichts wusste von der Sperrung des Landschaftsweges. Aber die Mitarbeiter beschäftigen sich mit derart vielen Geschäften, dass dies absolut nachvollziehbar ist. Wenn die Information ausgebaut werden muss, dann braucht es dafür die entsprechenden personellen Ressourcen. Die Sprechende ist sehr glücklich, wenn sich Jules Gut dafür einsetzt.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass der Postulat mit der teilweisen Überweisung einverstanden ist und kein formeller Ablehnungsantrag vorliegt.

Markus Mächler möchte diesen stellen. Er kann nicht damit leben, dass hier etwas überwiesen werden soll, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist – auch wenn vielleicht das eine oder andere Telefonat nicht sehr glücklich herausgekommen ist. **Er beantragt, dieses Postulat abzulehnen.**

Das Dringliche Postulat 293 wird abgelehnt.

9. Interpellation 226, Edith Lanfranconi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 8. August 2011: Sommerbars

Christian Hochstrasser: Die beiden Unterzeichnerinnen können dieses Geschäft aus unterschiedlichen Gründen nicht vertreten, weshalb der Sprechende dies tun darf. **Er beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.**

Christian Hochstrasser: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Sommerbars sind proaktive Massnahmen; es wird etwas Positives getan, um etwas Schlechtes zu bekämpfen. Das ist ein Ansatz, mit dem ohne Reglemente und Vollzugsprobleme etwas Positives bewirkt werden kann. Die Unterstützung der Stadt hält sich sehr in Grenzen; die finanzielle Unterstützung ist sehr gering, und wegen des Sparpakets sind die Betriebsbeiträge gestrichen worden und müssen jetzt teilweise aus Spezialfinanzierungen getragen werden. Es bleibt zu hoffen, dass, falls doch Defizite entstehen sollten, der Stadtrat gemeinsam mit den Betreibenden der Sommerbars wirklich Lösungen findet. Die Fraktion ist froh um das Angebot der Sommerbars und könnte sich durchaus weitere solche positive Einrichtungen in Luzern vorstellen. Andere Städte, z. B. Winterthur, haben bedeutend mehr Parks in der Stadt. Luzern hat

relativ wenig Grünflächen, weshalb man sich bemühen muss, möglichst alle Menschen die Entspannung in der Stadt zu ermöglichen.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion hat an sich keine Probleme mit Sommerbars. Für sie sind sie ein zusätzliches Angebot im Gastrobereich für Besucher und für Einheimische. Ein Problem hat sie aber damit, dass quasi von Staates wegen zwei Arten von Gastrobetrieben kreiert werden: solche, die, wenn es nicht läuft, wenn das Wetter schlecht und der Besucheraufmarsch nicht gross ist, staatliche Finanzierungsbeiträge oder Defizitgarantien erhalten, und solche, die das nicht haben, die nach marktwirtschaftlichen Kriterien arbeiten müssen und schlechtergestellt sind. Diese können nicht beim Staat um Unterstützung bitten. Einzig und allein mit dieser Tatsache hat die SVP-Fraktion ein Problem, und deshalb lehnt sie zwar die Sommerbars in diesem Sinne nicht ab, stellt aber klar die Forderung, dass sie nach marktwirtschaftlichen Kriterien funktionieren müssen. Wenn es finanziell nicht funktioniert, müssen sie eben nach marktwirtschaftlichen Kriterien handeln, also entweder redimensionieren oder eine andere Finanzierung suchen, aber nicht über die Stadt.

Hugo P. Stadelmann: Die FDP-Fraktion ist nicht derselben Meinung wie die SVP-Fraktion. Sie ist mit den Antworten des Stadtrates einverstanden; sie sind sehr gut und ausführlich gehalten. Das Vorgehen der Stadt ist zu unterstützen. Der Betriebsbeitrag von 50'000 Franken im Jahr ist gut investiertes Geld, zumal der Beitrag in den letzten Jahren nie voll ausgeschöpft worden ist. Der Massnahme Sommerbars kann attestiert werden, dass sie eine geeignete Interventionsmöglichkeit der Stadt zur Attraktivierung und Sicherstellung von Ruhe und Ordnung auf der Aufschütte ist. Auch die Verlegung der Stadtlounge vom Bahnhofplatz auf das Inseli ist zu begrüßen. Man darf aber gespannt sein, wie sich diese Massnahme auf die weitere Entwicklung des Bahnhofplatzes auswirken wird.

Nina Laky: Die SP/JUSO-Fraktion ist eigentlich erfreut, dass die Stadt das Potenzial der Sommerbars nach wie vor erkennt und sie bis 2017 sichern will. Fragezeichen tun sich aber auf, was nachher geschehen soll, weil explizit gesagt wird, dass dort bauliches Entwicklungsareal ist. Als einzige Bar war die Dreifachbar direkt auf dem Bahnhofplatz. Dieser Platz hat viele Spannungsfelder, ist aber gleichzeitig ein sehr interessanter Raum. Die Dreifachbar zügelt aber diesen Sommer, und zwar auf das Inseli. Das ist einerseits verständlich, weil es nicht der Hauptauftrag eines Jugendrads sein kann, die soziale Durchmischung auf dem Bahnhofplatz zu fördern.

Aber es entsteht jetzt auf dem Bahnhofplatz ein Sommerbar-Vakuum. Die Fraktion möchte darum beliebt machen, die Idee einer Bar auf dem Bahnhofplatz mit einer anderen Organisation oder einem anderen Betreiber konkret zu verfolgen, denn die Sommerbar auf dem Bahnhofplatz hat sehr viel bewirkt: Man ist ins Gespräch gekommen mit den Leuten, die sich etwas länger auf dem Bahnhofplatz aufgehalten haben. Es gab aber auch kritische Stimmen von Randständigen im Sinne von, dass ihnen die jungen Studenten mit Geld den Bahnhofplatz wegnehmen. Das waren Töne von dieser Seite. Im Grunde aber kann dem Projekt auf dem Bahnhofplatz mehr Positives als Negatives abgewonnen werden. Die SP/JUSO-Fraktion

wird sicher auch diesen Sommer wieder an den Sommerbars anzutreffen sein, und hoffentlich auch nach dem Jahr 2017.

Markus Helfenstein: Die CVP findet die Antworten des Stadtrates auf diese Interpellation gut und dankt ihm dafür. Sie würdigt die Unterstützung der Sommerbars als Beitrag zur Verbesserung gut funktionierender öffentlicher Räume. Aus diesem Grunde macht die Standortanpassung für die Stadtlounge in den Inselipark Sinn und ist folgerichtig. Es ist gut vorstellbar, dass eine massvolle Belebung dieses Gebiets auch dort zu mehr Sicherheit beitragen kann. Die Fraktion wird andererseits die Entwicklung auf dem Bahnhofplatz weiterverfolgen. Die bisher geleisteten Beiträge und Investitionen (auch für die vorgesehenen Abwasserleitungen bei der Aufschüttele) kann die Fraktion mittragen. Für die Weiterführung dieser Angebote dürfen aber keine weiteren Beiträge aus der Stadtkasse fliessen. Aus Rücksicht auf konkurrierende Leistungserbringer im Gastgewerbe steht die CVP-Fraktion einer räumlichen oder zeitlichen Ausweitung des Angebots sehr kritisch gegenüber. Der Grundsatz gleich langer Spiesse soll gegenüber anderen Betreibern von Bars und Food-Ständen nicht übermässig strapaziert werden.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion ist mit der stadträtlichen Strategie zur Zukunft der Sommerbars einverstanden. Die bestehenden Bars sollen weitergeführt werden und tragen somit zum subjektiven Sicherheitsgefühl der Stadtbewohner bei. Den Entscheid auf den Verzicht für den Weiterbetrieb der Stadtlounge auf dem Bahnhofplatz trägt sie aber mit. Die Sommerbars sind aus Sicht der Fraktion eines von vielen wichtigen kleinen Mosaiksteinchen in der Stadtlandschaft Luzern, und dazu ist Sorge zu tragen. Aber es sollen damit keine falschen Hoffnungen geweckt werden: Gesellschaftliche Veränderungen und die zunehmenden Probleme des so genannten gesteigerten Gemeingebrauchs des öffentlichen Raums im städtischen Umfeld lassen sich damit nicht lösen.

Die Interpellation 226 ist damit erledigt.

10. Interpellation 221, Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 21. Juli 2011: Folgen der Luzerner Ausgeh-Meile

Markus Mächler beantragt Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Markus Mächler bedankt sich im Namen der CVP-Fraktion für die Antworten auf die Fragen. Sie sind äusserst ausführlich und haben einen hohen Informationsgehalt. Die Fraktion stellt fest, dass sich Stadtrat und Verwaltung nicht erst seit gestern intensiv mit der aufgeworfenen Problematik befassen. Sie tun das offensichtlich dauernd und mit Gründlichkeit in der Analyse, aber mit einer gewissen Ohnmacht in den Massnahmen oder zumindest in der Durchsetzung eben dieser Massnahmen. Fakt ist doch, dass ein Teil der Luzerner Bevölkerung sich mas-

siv durch das Ausgeh- und Partyvolk bzw. durch negative Auswirkungen dieser Szene gestört, ja sogar bedroht fühlt. Da nützt es eben nichts, wenn objektiviert und begründet festgestellt wird, dass Luzern auch an Wochenenden relativ sicher ist und die Stadt überall, besonders nachts bis 2 Uhr und wiederum ab morgens 5 Uhr sogar noch sauber gehalten werden kann. Die subjektive Wahrnehmung eines grossen Teils der Luzerner Bevölkerung ist eine andere. Politik und Verwaltung sind verpflichtet, die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten; da führt kein Weg daran vorbei.

Wenn man die Auswirkungen der Ausgehscene mit Hilfe der Interpellationsantworten etwas anschaut, stellt man etwa Folgendes fest: Die Angebote in der Stadt, d. h. die Bars, die Clubs, die Nachtbäckereien, die Nachtbusse, die Nachtzüge, die schönen Plätze am Bahnhof, vor dem KKL, die Aufschüttele, und im Sommer oft auch die idyllischen Nachtstimmungen am See – all das lockt die Gäste in die Stadt und die Gastgeber zu immer neuen und attraktiveren Angeboten. Ganz offensichtlich entspricht die ganze Szenerie einem echten Bedürfnis, nicht nur beim Partyvolk, sondern auch bei den Anbietern. Die einen suchen Zerstreuung und Unterhaltung unter Gleichgesinnten, die anderen optimieren ihr Angebot und erhöhen dadurch Umsätze, Margen und Gewinn. In der Folge kommt es dann zu diesen Störungen von Ruhe und Ordnung durch Musik, herumschreiende Personen, Verschmutzungen von privatem und öffentlichem Terrain, menschliche Ausscheidungen an allen möglichen Orten, Vandalismus, Pöbeleien bis hin zu kriminellen Akten. Und immer sind die Verursacher ein paar Wenige, die sich nicht zu benehmen wissen, die ausrasten, keinen Anstand, keine Hemmungen und keine Grenzen kennen. Es ist ähnlich wie im Strassenverkehr, bei Asylanten oder bei Abzockern unter den Wirtschaftskapitänen: Immer sind es kleine Minderheiten, die den Ruf und das Ansehen der Mehrheit massiv beschädigen.

Und was macht die Stadt? Es ist ja nicht etwa so, dass nur zugeschaut wird, im Gegenteil! Aus der Antwort ist zu lesen, was die Parlamentarier als solche wissen sollten: Der Aufwand der Behörden, die schädlichen Auswirkungen in Grenzen zu halten, ist bereits sehr gross. An dieser Stelle soll einmal allen Männern und Frauen vor Ort, die patrouillieren, putzen, einschreiten und vermitteln, ein grosses Lob und ein Dank ausgesprochen. Diese Jobs sind alles andere als attraktiv, aber sie müssen gemacht werden, und sie werden gemacht. Das hat die Bevölkerung dieser Stadt anzuerkennen – und nicht nur zu meckern.

Es stellt sich nun die entscheidende Frage: Was könnte man noch tun? Auch wenn schon viel, sehr viel, gemacht wird, offenkundig reicht das noch nicht. Die CVP-Fraktion hat im Vorstoss zu möglichen Ansätzen Fragen gestellt. Die Antworten darauf sind, wenn auch sehr ausführlich und gut begründet, eben doch etwas ernüchternd. Man nehme die Frage der Herkunft der randalierenden Partygänger: Sie stammen also zu mehr als zwei Dritteln von ausserhalb der Stadt. Die Städter bieten offensichtlich einen Tummelplatz für mehrheitlich auswärtige Chaoten, Säufer und Schläger. Da stellt sich schon die Frage, wieso die Stadt dies tut und dann noch die Kosten für die Instandstellungen und das Aufräumen übernimmt. Hier ist ernsthaft zu überlegen, ob nicht die Nutzniesser der Luzerner Partyszene, nämlich die Lokalbetreiber, noch vermehrt zur Mithilfe und Mitverantwortung herangezogen werden könnten. Die doch enormen Kosten, welche die Stadtverwaltung für die SIP, das Strasseninspektorat und die Liegenschaftsverwaltung aufwendet (es geht immerhin um jährlich etwa 5 Mio.

Franken), geben schon zu denken. Gerade im Hinblick auf die hohe Verschuldung, die auf die Stadt zukommt, und die für 2013 angedrohte Steuererhöhung würde sich die CVP-Fraktion diese Kosten gerne schenken – oder dann wenigstens von den Verursachern bezahlen lassen. Andere Ansätze, die in der Antwort des Stadtrates auch ausgeführt werden, wären etwa die Abschaffung der Nachtbusse und Nachtzüge, die Dezentralisierung der Abfahrtsorte oder die Abschaffung der Sperrstunde. Solche Massnahmen betrachtet die CVP-Fraktion genauso wie die Verwaltung und der Stadtrat als untauglich, und sie sind daher nicht weiterzuverfolgen. Irrig wäre es zu meinen, dass die Ausgeh- und Partyszene eingedämmt, vertrieben oder gar abgeschafft werden könnte. Schliesslich gilt es zu beachten, dass damit ein volkswirtschaftlicher Nutzen in (leider) unbekannter Höhe generiert werden kann. Arbeitsplätze und Steuereinnahmen müssen der Gesellschaft auch etwas wert sein.

Prüfenswert scheint dem Sprechenden aber die Einführung eines Pfandes auf alle Gebinde. Wie das genau funktionieren würde, könnte er heute auch nicht beschreiben, aber im Ansatz wäre hier Potenzial zu vermuten. Denn über das Portemonnaie ist in der Schweiz schon manches Problem gelöst worden. Da lohnt es sich vielleicht tatsächlich, etwas genauer darüber nachzudenken. Was die CVP-Fraktion aber als sehr wertvoll erachtet, ist der vom Stadtrat beschriebene runde Tisch zum Austausch von Erfahrungen, Massnahmen und Verhaltensmustern. Offenbar gibt es diesen Tisch bereits mit einigen Gemeinden. Klar, kann ein solcher Tisch, sei er nun rund oder eckig, auch nicht die nächtlichen Freizeitangebote in andere Schranken weisen – und schon gar nicht fehlende Kinderstuben von unflätigen Rowdys nachholen. Aber immerhin sind Absprachen und kleinere Korrekturen im Umgang mit dieser Szene wertvoll und können da und dort zu Verbesserungen führen. Es gilt auch zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht eine einzige Massnahme den Erfolg bringen wird. Es wird so sein, wie so oft, dass nur ein ganzes Bündel von Massnahmen eine heilende Wirkung haben wird. Das Fazit dieser Ausführungen: Die CVP-Fraktion anerkennt die Leistungen, die von vielen Frauen und Männern zur Eindämmung dieser unseligen Missstände erbracht werden. Trotzdem sind weite Teile der Luzerner Bevölkerung verunsichert, verängstigt und verstört ob der negativen Erscheinungen der Luzerner Ausgeh-Meile. Die bis heute unternommenen Anstrengungen müssen aufrechterhalten werden. Im Bereich Zusammenarbeit mit den Anbietern und eventuell auch beim Gebindepfand wäre noch Verbesserungspotenzial zu finden. Gerade bei den Anbietern muss vermutlich auch Druck ausgeübt werden können, und dazu kann dem Stadtrat die volle Unterstützung der CVP-Fraktion angeboten werden.

Jörg Krähenbühl: Die ausführlichen Antworten auf die Fragen der Interpellation zeigen die ganze Problematik und die Folgen der Luzern Ausgeh-Meile sehr exakt auf. Trotz der seit 2008 durch die Stadt Luzern durchgeführten präventiven, repressiven, baulichen und organisatorischen Massnahmen zeigt die aktuelle Situation auf, wie schwierig es ist, dieser gesellschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden. Trotz aller Anstrengungen gelingt es nicht, einen perfekten Standard in den Bereichen Sauberkeit und Sicherheit auf ein konstant hohes Niveau zu bringen und zu halten. Es ist auch für die SVP-Fraktion nicht einfach, massgeschneiderte Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Sie steht jedoch zur Handels- und Gewerbefreiheit und steht deshalb eher skeptisch Massnahmen gegenüber, welche die unternehmerischen

Freiheiten der Betreiber einschränken sollen. Es ist für sie nicht nachvollziehbar, dass darüber nachgedacht wird, dass die Sperrstunden wieder eingeführt werden sollen, nachdem durch deren Aufhebung sich doch nachweislich eine Verbesserung eingestellt hat.

Die Fraktion erachtet es sicher nicht als einen falschen Ansatz, wenn Betreiber im direkten Umfeld für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung verpflichtet werden, wehrt sich jedoch gegen zusätzliche pauschale Gebühren und Abgaben. Die recht provokativen Lösungsansätze zum Schluss der Interpellationsantwort können auf eine wesentliche Grundsatzfrage reduziert werden: Soll in Luzern an Wochenenden die nächtliche Ausgehkultur quasi verboten werden mit Massnahmen wie Einstellung des nächtlichen ÖV, Sperrstunden bereits um Mitternacht oder spätestens um 2.00 Uhr, mit faktischem Alkoholverbot, massiven Gebühren und Auflagen an Clubbetreiber? Soll Luzern als Partystadt der Vergangenheit angehören? Oder soll die Nachfrage der heutigen, meist jugendlichen Gesellschaft akzeptiert werden und weiterhin Luzern als Partystadt für ein meist junges Publikum positioniert werden?

Die SVP-Fraktion steht klar für die zweite Variante ein. Ein Ja zur Ausgeh-Meile heisst aber auch, dass der Staat nicht aus der Pflicht genommen werden kann, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. Hierzu würde sie aber eher eine stärkere Polizeipatrouille mit entsprechenden hoheitlichen Kompetenzen vorsehen als den ewigen Lobgesang auf die SIP, welche nach eigenen Aussagen kurz nach Mitternacht „schlafen“ geht.

Auch wenn es möglicherweise beim Versuch bleiben wird, möchte die Fraktion trotzdem direkt an das jugendliche Ausgehvolk appellieren, vermehrt minimale Verhaltens- und Anstandsregeln einzuhalten. Wieso äussert sich zum Beispiel nie das Jugendparlament, wenn es doch schon eines gibt, zu dieser Thematik? Gerade weil nur eine kleine Minderheit der Partygäste die wesentlichsten Probleme verursacht, gilt es, diese Gruppe sowohl präventiv, letztendlich aber auch juristisch in die Pflicht zu nehmen, damit nicht alle seriösen Betriebe und sich anständig verhaltenden Gäste über den gleichen Leist geschlagen werden.

Luzia Vetterli: Die Auswirkungen der Partygesellschaft werden diesen Rat sicher auch in Zukunft noch beschäftigen. Einfache Lösungen gibt es keine; das war auch von den Vorrednern zu hören. Die SP/JUSO-Fraktion ist zudem wie die CVP- und die SVP-Fraktion der Meinung, dass sich das Rad der Zeit nicht zurückdrehen lässt; die Gesellschaft hat sich nun einmal so entwickelt, dass die Jungen am Wochenende in Discos und in Clubs gehen. Das gesellschaftliche Leben findet inzwischen praktisch während 24 Stunden statt, und das ist zu akzeptieren; die Stadt Luzern wird nicht in der Lage sein, diesen Trend umzukehren. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Bemühungen, die der Stadtrat in seiner Antwort dargelegt hat, und die eine Mischung aus präventiven, repressiven, baulichen und organisatorischen Massnahmen sind. Sie erscheinen sehr sinnvoll. Dazu gehören unter anderem die intensive Stadtreinigung, die dafür sorgt, dass am Morgen um 5 Uhr der ganze Abfall schon weg ist – eine unglaubliche Leistung; diese Leute arbeiten sehr schnell und sehr gut – die Installation von Sommerbars, von denen gerade vorher die Rede war, und auch die SIP, die teilweise sehr viel niederschwelliger und vor allem auch sehr viel billiger intervenieren kann als die Polizei. All das zusammen – die Reinigung, die Sommerbars, die SIP und viele andere Massnahmen – kostet aber Geld. Das muss auch den Bürgerlichen bewusst sein. Markus Mächler hat es angesprochen: Es kostet

etwa 5 Mio. Franken. Man muss sich bewusst sein, dass es irgendwie doch Luxus ist, wenn man eine ordentliche und saubere Stadt will, und wenn man sich diesen Luxus leisten will, mit der Steuererhöhung aber nicht einverstanden ist und sogar noch weitere Sparübungen machen will, muss man sich bewusst sein, dass z. B. bei der Stadtreinigung gespart werden könnte, denn das ist eine grundsätzlich freiwillige Leistung, die nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Ob die Wähler der bürgerlichen Parteien einverstanden wären, wagt die Sprechende zu bezweifeln. Als sie die Interpellation der CVP-Fraktion las, befürchtet sie zunächst, dass diese die Nachtbusse abschaffen oder das ausserstädtische Partyvolk quasi aussperren will, ist jetzt aber beruhigt von der Antwort von Markus Mächler, weil die CVP-Fraktion solche Lösungen auch nicht als machbar ansieht. Der SP/JUSO-Fraktion sind insbesondere die Nachtbusse sehr wichtig. Sie bewirken nämlich dreierlei: Erstens dass das Partyvolk nicht bis zum ersten Morgenzug in der Stadt bleibt und somit die Nachtruhe der Anwohner noch mehr stört, zweitens dass das Partyvolk nicht mit dem Auto kommt und die Strassen Luzerns verstopft, und drittens, dass die Partygänger nicht betrunken heimfahren und Unfälle verursachen. Für all das erscheinen die Nachtbusse sinnvoll. Auch die Wiedereinführung der Sperrstunde, die vom Stadtrat ange-tönt wird – was der Sinn dieser Ausführungen ist, war nicht wirklich nachvollziehbar – ist wohl einfach eine Provokation und eine Schnapsidee; das haben jetzt auch die Ausführungen von SVP und CVP bestätigt. Der Ausdruck Schnapsidee ist in diesem Zusammenhang sicher passend. Das würde dazu führen, dass die Partygänger auf einen Schlag wieder auf der Strasse stehen und die Probleme noch verstärkt würden. Sinnvoll erscheint der SP/JUSO-Fraktion der Einbezug der privaten Betreiber. Das macht die Stadt ja schon sehr gut, und da könnte sie noch verstärkt darauf reagieren.

Zum Schluss möchte die Sprechende noch anfügen, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner der Kernstadt klar sein müssen darüber, dass sie ein gewisses Mass an Radau, Lärm und auch Verunreinigung akzeptieren müssen. Wenn sich immer wieder Leute via Medien oder Volksmotion oder Leserbriefen über jeden kleinsten Lärm oder über Verunreinigungen beschweren, sind das doch auch immer etwas Luxusprobleme. Denn man kann nicht mitten in der Stadt wohnen und verlangen, dass abends um 22 Uhr absolute Ruhe herrschen muss. Wenn das das Ziel ist, müsste man wohl eher auf den Littauerberg ziehen. In der Stadt wohnen hat auch viele Vorteile: Man ist schnell am Bahnhof, im Kino, im Lebensmittelladen, im Theater, man kann noch kurz etwas trinken gehen, und bei diesen vielen Vorteilen muss man auch ein paar Nachteile akzeptieren, eben z. B. den Ausgangslärm. Die Sprechende jedenfalls lebt sehr gerne mitten in der Stadt und stört sich nicht an den Auswirkungen des Nachtlebens.

Hugo P. Stadelmann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführlichen Antworten. Diese zeigen eine beeindruckende, teilweise beunruhigenden Entwicklung auf. Es ist aber richtig erkannt worden, dass das Problem nicht allein durch die Stadt Luzern gelöst werden kann. Die Stadt macht im Vergleich zu anderen Städten mit relativ geringen Mitteln sehr viel. Der Stadtrat zeigt aber auch mögliche Lösungsansätze auf. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt für Änderungen sind aber gering, weil der Kanton häufig zuständig ist. Die Stadt ist am kürzeren Hebel, wenn es darum geht, Einfluss zu nehmen. Die Lösungsansätze, die der Stadtrat in seinen Antworten aufzeigt, soll dieser weiterverfolgen. Die Fraktion hofft, dass auf Re-

gierungs- und Verwaltungsstufe das Problembewusstsein höher ist als bei einzelnen Kantonsräten, die noch nicht genau realisiert haben, was im Zentrum abgeht. Der Stadtrat soll alles daransetzen, jene Punkte, die er beeinflussen kann, wenn immer möglich umzusetzen, und da denkt die Fraktion vor allem an Baubewilligungen.

Monika Senn Berger kann ihr Votum zusammenfassen, weil schon viel gesagt worden ist. Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Es wird sehr gut dargestellt, wie Luzern gerade durch gesetzliche Liberalisierungen, die alle mitgetragen haben, eine attraktiven Partystadt geworden ist und dadurch auch einen wirtschaftlichen Nutzen hat, wie andere schon angesprochen haben. Wie die Fahrgastzahlen der Nachtstern AG und der SBB zeigen, ist das Luzerner Nachtleben auch ein Anziehungspunkt für Auswärtige geworden, die hier ihr Geld ausgeben. Natürlich hat das auch eine Kehrseite. Umso mehr Menschen in den Strassen, umso mehr Unrat, umso mehr Reinigungskosten und umso mehr Unruhen und Nutzungskonflikte mit den Anwohnenden. Es wurde gesagt, es gibt sehr viele Anwohnende, aber es gibt vielleicht auch eine schweigende Mehrheit, welche die Partystadt bzw. die urbane Stadt, die Luzern am Werden ist, befürwortet. Die G/JG-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat Massnahmen wie verstärkte Reinigung, SIP, Zusammenarbeit mit Dritten und auch Sommerbars ergreift, um den gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden. Es ist leider unumgänglich, dass eine saubere und sichere Stadt auch etwas kostet. Wie gesagt worden ist, kann das Rad der Entwicklungen nicht zurückgedreht werden, sondern die unliebsamen Nebenerscheinungen müssen überwunden werden, z. B. indem ein gutes Verhältnis zwischen Ansprüchen und Kosten gefunden wird.

Für die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen ist es aus ökologischen und Sicherheitsgründen sehr wichtig, dass es ein abgestimmtes Angebot des ÖV in der Nacht gibt. Damit die Wohnquartiere von Nachtlärm und Littering entlastet werden, unterstützt sie die zentrale Abfahrt der Nachtbusse am Bahnhof. Ein weiterer Punkt, wie die Entlastung der Wohnquartiere verstärkt werden könnte, ist eine bessere Auslastung der Parkhäuser. Dazu hat die G/JG-Fraktion inzwischen ja ein Postulat eingereicht.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme. Sie geht mit dem Fazit einig, dass die Einführung von kurzfristigen Massnahmen wie die Wiedereinführung der Sperrstunde oder die Abschaffung der Nachtbusse die Situation sicher nicht langfristig und sicher nicht nachhaltig verbessern würde. Doch sieht sie auch die Notwendigkeit, dass es an der Zeit sein könnte, einen Strategiewechsel, oder zumindest eine Korrektur der Strategie, vorzunehmen. Das Thema Nachtruhestörung ist ein grosses Anliegen der Stadtbevölkerung und muss ernst genommen werden. Die Fraktion könnte sich z. B. gut vorstellen, dass die Stadt vermehrt auf sehr strikt ausgelegte Reglemente, wie sie heute z. B. in der Stadt Chur zur Anwendung kommen, zurückgreifen muss. Heute ist es in der Stadt Luzern nicht klar, was nun erlaubt oder zumindest toleriert wird. Wo sind die klaren Grenzen? Das Reglement der Stadt Chur zeigt z. B. klar auf, was wann wo erlaubt ist und was eben klar nicht. Wird dagegen verstossen, kommt es zu einer sofortigen saftigen Busse. Der Sprechende hat dies selber erfahren und zumindest bei ihm hat es gewirkt.

Für die Stadt Luzern bleibt dann einfach noch die nicht ganz unbedeutende Frage des Vollzugs. Sollte es tatsächlich einmal ein glasklares Reglement geben, wird man sich in diesem Rat wohl wieder mit dem Kanton über den Vollzug streiten, und die johlenden Dritten sind dann die 70 Prozent Auswärtigen, die in der Luzerner Innenstadt gerne „die Sau rauslassen“.

Markus Mächler hat noch zwei oder drei Bemerkungen anzubringen. Er beginnt hinten bei Jules Gut: Chur in Ehren, aber Chur ist nicht zu vergleichen mit der Stadt Luzern. Wenn er richtig im Bilde ist, ist die Ausgehmeile in Chur etwa so gross wie in der Stadt Luzern das Hirschmattquartier. Die Luzerner Ausgehmeile ist doch etwas grösser, und ob sich das so umsetzen liesse, ist zu bezweifeln. Eine zweite Bemerkung zur SVP und zu Jörg Krähenbühl: Das Jugendparlament kann in dieser Sache wohl kaum hilfreich sein, weil eine ganz andere Altersgruppe angesprochen ist. Der Stadtrat schreibt, dass der weitaus grösste Anteil der betreffenden Personen zwischen 18 und 25 Jahre alt ist – was sich auch mit den bescheidenen Beobachtungen des Sprechenden deckt – und sich demzufolge nicht im Alter der Jugendparlamentarier oder deren Kolleginnen und Kollegen befindet. Und als letzte Bemerkung dies: Der Sprechende hatte kürzlich die Gelegenheit, mit einem Journalisten zu sprechen. Es wurde eine Recherche durchgeführt zum Luzerner Stadtleben. Erstaunlicherweise parkieren auswärtige Gäste z. B. im Säliquartier, weil sie wissen, dass es dort gratis ist. Auf Nachfrage, ob man die dort stehenden Parkuhren nicht füttern müsse, hiess es, sie seien jetzt zum achten oder neunten Mal in der Stadt – sie kamen aus Neuenburg! –, und es sei ihnen noch nie aufgefallen, dass sie hätten bezahlen müssen, und sie seien auch noch nie gebüsst worden. Da ist offensichtlich Handlungsbedarf; das sei hier platziert. Es ist völlig klar, dass das Polizeikorps die Sicherheit höher gewichten muss und nicht alle Parkenden kontrollieren und den Parksündern nachspüren kann, aber da deckt sich die Beobachtung des Sprechenden mit dem, was Christian Hochstrasser sagte: Es muss etwas getan werden, damit die Gäste in die Parkhäuser gehen. Und wenn sie dort laut lachen und sich etwas laut aufführen, stört das sehr viel weniger als im Säliquartier.

Philipp Federer ist es etwas zu einfach, wie hier diskutiert wird. Es ist auch sehr einfach, wie die SP-Sprecherin sagte, dass schon bei kleinsten Sachen telefoniert werde. Sie soll doch bitte einmal mit den Anwohnenden der Vonmattstrasse und der Bruchstrasse reden. Es wurden auch Appelle an die Jugendlichen gemacht und an die Eltern. Super. Liebe Jugendliche, seid lieb; liebe Eltern, schaut zu euren Jugendlichen. Das ist ein Appell. Aber was bringt das? Kurz darauf wird dann gesagt, die Handels- und Gewerbefreiheit ist wichtig, enorm wichtig, und die darf man nicht einschränken. Man darf den Staat nicht aus der Pflicht nehmen, sagte Jörg Krähenbühl, aber die Kosten und Probleme wälzt man sehr gerne auf die Allgemeinheit, nämlich den Staat, ab. Das gibt ein Problem. Der appellative Charakter und das Abwälzen sind zu einfach. Man schaue das Opéra an: Warum gibt es dort so ein Problem, vielleicht mehr als in jedem anderen Club? Es ist der einzige Club mit Gratiseintritt – der Sprechende nennt das Anfixen, und zwar ist es ein billiges Anfixen. Es wird nicht nur mit dem Gratiseintritt angefixt, sondern auch mit den Stretchlimousinen, die bestellt werden können: Man kann sich mit ihnen ins Opéra fahren lassen, was immer ein Event ist. Ja, das ist vielleicht lässig, aber das

Problem, die Kosten, gehen an den Staat. Oder die 24-Stunden-Bäckerei: Ist die wirklich gut für die Stadt? Ist die Situation gut, nachdem man drei Jahre lang an einem runden Tisch zusammengesessen ist, es aber nicht funktioniert? Es funktioniert vielleicht im Winter wieder, aber kaum kommt der Frühling, gibt es wieder Probleme, und zwar massive.

Es gab einen Rundschau-Beitrag und verschiedene andere Beiträge, und man sieht den Unterschied schon: In Bern nahm man einen Club, der eine Person gestört hat, und dann wurde das verglichen mit Luzern. Man muss sehen, a) welche Kultur dort gelebt wird, und b) die Eintrittsfrage: Welches Alter wird angegangen und wie viele Leute sind betroffen? In Luzern ist das Problem mit dem Club Opéra und der 24-Stunden-Bäckerei massiv. Da gibt es auch ein Problem mit der Handels- und Gewerbefreiheit, wenn die so absolut ist. Das soll man auch beim Namen nennen und nicht einfach die Jugendlichen beschuldigen. Der Sprechende wehrt sich gegen die Beschuldigungen der Jungen. Man sagt schnell, die seien schuld, sagt aber normalerweise nicht, dass man die Leute draussen essen lässt oder dass sie gerade dazu eingeladen werden, sich im Innenhof zu verweilen. Und das gibt Probleme. Das mit dem Parkieren ist tatsächlich auch ein Problem; da muss gebüsst werden. Der Sprechende kennt Leute von der Vonmattstrasse, die sagen, dass es zum Teil bereits wieder wie früher ist, weil man jetzt zwar offiziell zahlen muss, aber es wird nicht eingefordert. Man muss genauer hinschauen und die Sachen beim Namen nennen, sonst bekommt man das nie in den Griff.

Verena Zellweger-Heggli möchte sich zu drei Punkten äussern. Erstens zu Seiten 4/5 in der Antwort etwas Süffisantes: Da wird die Suva-Studie erwähnt, die sehr gut ist. Aber es wurde ein Satz ausgelassen, vielleicht weil man ihn auslassen wollte. Es stand in der Studie nämlich auch, dass das Thema Gewalt an öffentlichen Anlässen, z. B. durch Politiker, gerne heruntergespielt wird, und heute hat die Sprechende Ähnlichkeiten erfahren. Sie möchte dieses Thema nicht herunterspielen. Zweitens möchte sie an dieser Stelle all jenen Vereinen danken, die still Hintergrundarbeit in der Gewaltprävention leisten. Es gibt verschiedene Sportvereine, z. B. Karateklubs, die in den Schulen vorbeigehen und die Jugendlichen schulen, wie sie gewaltlos miteinander umgehen können. Ein anderer Verein ist z. B. GewaltLOS, den die Sprechende präzisieren darf. Er führt Veranstaltungen durch, damit ein Zeichen gesetzt und sofort reagiert werden kann, wenn etwas nicht stimmt. Und drittens eine Information: Der Verein GewaltLOS kommt auf den Sommer mit einem i-Phone-App: Wenn man im öffentlichen Raum ist, kann man auf sein App drücken und eine Meldung erstatten. Aber mehr soll dazu noch nicht gesagt werden.

Katharina Hubacher: Markus Mächler hat eine relativ gute Zusammenfassung gemacht. Die Antwort des Stadtrates ist recht gut; er hat eine gute Analyse gemacht. In der Folgerung ist die Sprechende dann nicht immer ganz gleicher Meinung, wobei der Stadtrat gewisse Sachen auch wieder relativiert hat. Sie ist auch nicht ganz so sicher, dass sich weite Teile der Bevölkerung sehr gestört fühlen. Es wird hier zwar heftig darüber diskutiert, aber schlussendlich muss man sehen, dass wohl nur ein kleiner Teil der Bevölkerung wirklich betroffen ist. Für die Betroffenen aber ist es tatsächlich lästig. Die SVP-Fraktion hat die unternehmerische Freiheit angesprochen, die – Philipp Federer hat es auch erwähnt – tatsächlich sehr hochgehalten

wird. Wenn man ehrlich sein will, muss man zugeben, dass sehr viel Profit gemacht wird. Und wenn jene, die Profit machen, stärker in die Verantwortung genommen würden, würde das die G/JG-Fraktion sicher ein Stück weit unterstützen können. Ganz viel, auch was mit der Gewaltprävention angesprochen wurde, hängt auch mit dem Alkoholkonsum zusammen. Alle wissen, der Alkohol ist in den letzten Jahren im Vergleich zu noch vor ein paar Jahren massiv verbilligt worden; die Lobby hat gute Arbeit geleistet. Das ist ein Ansatzpunkt, der sehr wahrscheinlich weiterverfolgt werden müsste, auch wenn das nicht an der Stadt Luzern liegen kann, denn dadurch, dass zu viel Alkohol konsumiert wird, entstehen auch ganz andere Probleme, und das führt zu den Auswirkungen, die niemand gerne hat.

Luzia Vetterli erscheint es etwas seltsam, wenn die Grünliberale Partei, die ja immerhin im zweiten Teil ihres Namens „liberal“ hat, ein Alkoholverbot wie in Chur befürwortet. Das ist überhaupt nicht gesellschaftlich liberal. Die Aussage von Markus Mächler bezüglich Parkieren unterstützt sie, denn sie hat auch die Feststellung gemacht, dass das wilde Parkieren gerade im Hirschmatt-/Neustadtquartier enorm zugenommen hat. Jeden Samstag parkieren dort überall Autos, teilweise mitten in der Strasse, und es läuft nie ein Polizist vorbei und es wird nicht gebüsst. Wenn man die Erfahrung macht, wie Markus Mächler sagte, dass man dort x-mal illegal parkieren kann und nie etwas passiert, kann man sich ausrechnen, dass es so selbst mit einer Busse günstiger kommt, als wenn man ins Parkhaus geht. Die Sprechende würde es sehr befürworten, wenn dort die Kontrollen an Freitag- und Samstagabenden etwas verstärkt werden könnten.

Jules Gut bittet Luzia Vetterli, ihm nicht andere Worte in den Mund zu legen als was er gesagt hat. Die GLP fordert weder ein Alkoholverbot noch irgendetwas anderes; sie ist einfach der Meinung, dass man von der Stadt Chur und auch von anderen Städten etwas lernen könnte. Und als Rückmeldung auch an Markus Mächler: Auch wenn Luzern selbstverständlich die bessere, schönere und grössere Stadt ist, kann man auch von anderen Städten lernen, weil diese genau die gleichen Probleme gehabt haben. Und sie haben etwas gemacht, um das herum nach der persönlichen Meinung des Sprechenden auch die Stadt Luzern nicht herumkommt: Es müssen so etwas wie Nachtschwärmerzonen definiert werden, wo man mit einer zweiten Elle misst, und andererseits Ruhegebiete, wo Ordnung und Sicherheit, welche die rechte Ratshälfte so strikt will, konsequent durchgesetzt werden. Früher oder später wird das auch in Luzern kommen. Vielleicht braucht es noch ein paar Runden, bis man so weit ist. Wichtig ist einfach, dass man von anderen Städten lernen könnte.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst bedankt sich für diesen Vorstoss, weil die Gelegenheit gab, breit aufzuzeigen, was gemacht worden ist. Es ist für sie eine Genugtuung, dass anerkannt wird, was alles gemacht worden ist. Zwei Bereiche sind ihr wichtig: An die Adresse von Jörg Krähenbühl sei daran erinnert, dass die Stadt Luzern in Sachen Sauberkeit einen enorm hohen, guten und auch gerechtfertigten Standard hat. Je weiter hinaus man kommt, umso sauberer ist es. Das ist umgekehrt als manchmal im Ausland, wo es im Zentrum sauber ist, und je weiter man hinaus geht, umso weniger ist das der Fall. Aber es gibt zugegebenermassen

einige Brennpunkte, die im Griff zu behalten wichtig ist, dass es mindestens abends bis 22 Uhr und morgens ab 5 Uhr sauber ist. Die werden aber eine permanente Baustelle bleiben (im Gegensatz zu jener am Landschauweg); man wird das nie ganz in den Griff bekommen. Das hat auch damit zu tun, dass wir in einem freiheitlichen Land leben und es gewisse Trends und Verhaltensweisen gibt, die weder Ursula Stämmer noch der Stadtrat insgesamt noch der Grosse Stadtrat von Luzern verändern kann. Aber es wurde wirklich sehr viel getan. Die Stadt Luzern spielt sogar so etwas wie eine Vorreiterrolle. Sie war die erste Stadt, die 2007 oder 2008 einen Kongress zum Thema öffentlicher Raum durchführte; inzwischen findet er zum dritten Mal statt, wieder in Luzern. Sie war die erste Stadt, die ein Risikomanagement dazu einführt, die eine Analyse machte mit Massnahmen und mit einer permanenten Pendenzenliste, die immer wieder nachgeführt wird. Es wurde wirklich sehr viel geleistet. Aus dem Ganzen heraus haben sich auch Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit anderen Städten ergeben (ZORA). So macht Basel z. B. jetzt am Rhein auch Sommerbars. Chur hat wohl wirklich gute Lösungen für Chur, aber es ist nicht so, dass jede Lösung an jedem Ort gelten kann.

Die Sprechende erhielt vor ein paar Wochen eine Anfrage von einem Organisator, der seit Jahrzehnten Präventionstage durchführt, eine ganz grosse Veranstaltung in Deutschland, an der über solche Themen gesprochen wird. Er sagte, er habe das etwas verfolgt und gesehen, wie es Luzern gemacht hat, und man solle das dort präsentieren. Die Sprechende sagte ihm, das sei zwar schon gut, aber sie müsse ihm auch sagen, dass die Probleme damit nicht gelöst seien, sondern man sei permanent daran. Darauf sagte dieser, dass es genau darum gehe. Dranzubleiben ist wichtig, und es wird auch immer wieder etwas Neues versucht. Das kostet auch etwas, aber schlussendlich ist man das der Bevölkerung schuldig. Schlussendlich darf man aber feststellen, dass die Sicherheit in dieser Stadt insgesamt gut ist. Es gibt zwar Probleme, aber es wird versucht, diese zu lösen und die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu beschränken. Wollte man den Bahnhofplatz in nächster Zeit zu jeder Zeit blitzblank haben, würde das Massnahmen voraussetzen, die wirklich zu weit gehen.

Luzia Vetterli sagte, es sei Provokation, dass der Stadtrat über die Sperrstunden schreibe. In diesem Zusammenhang sei auf eine weiter vorne erwähnte Studie aus Norwegen verwiesen, die zeigt, dass es dort, wo die Öffnungszeiten länger sind, auch mehr Gewalt gibt. Es würde wirklich ein Netzwerk von Massnahmen brauchen. Man kann nicht einerseits die Betriebe weiterhin offen halten und andererseits viel weniger Nachtbusse führen. Die Sprechende ist aber auch der Meinung, dass das Rad der Zeit im Moment nicht zurückgedreht werden kann. Der Stadtrat ist darauf angewiesen, dass das Parlament, das ja von der Bevölkerung angesprochen wird und das die Bevölkerung auch vertritt, nicht einfach sagt, dass es keine Probleme gibt oder dass alles im Griff ist. Sondern die Leute aufklärt, dass man mit der Situation in der Stadt Luzern an die Grenzen kommt wegen Trends, die da sind – Littering, Ausgangsverhalten – und die nicht einfach verändert werden können.

Die Interpellation 221 ist damit erledigt.

**11. Motion 225, András Özvegyi namens der GLP-Fraktion, vom 3. August 2011:
Tempo 30 – für mehr Sicherheit und flüssigen Verkehr**

Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt für die Antwort des Stadtrates. Sie ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden, möchte aber das Anliegen wie versprochen im Gesamtverkehrskonzept behandelt sehen.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion beantragt die Ablehnung des Postulates 225. Bis jetzt war die Strategie so: Wenn man in der Stadt Luzern Tempo 30 einführen wollte, nahm man eine Strasse oder vielleicht zwei Strassenabschnitte zusammen und beantragte lokal, Tempo 30 einzuführen. Weil die Mitte-Links-Koalition gegen die SVP immer durchkam, gibt es in der Stadt Luzern heute bereits sehr viele Tempo-30-Zonen. Die hier vorliegende Motion bzw. das Postulat hat einen anderen Ansatz: Es fordert die Prüfung von flächendeckenden Tempo-30-Zonen in der Stadt Luzern auf Hauptverkehrsachsen. Die SVP-Fraktion äusserte sich immer gegen Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen. Das sind nicht nur die Hauptstrassen, sondern all jene Strassen, auf denen vor allem der öffentliche Verkehr rollt. Die SVP bekannt sich immer zur Strategie 50/80/120, das heisst, innerorts soll mit 50, ausserorts mit 80 und auf Autobahnen mit 120 km/h gefahren werden, wobei sie aber selbstverständlich ein Auge zudrückt, wenn es um Quartierstrassen geht, auf denen Kinder noch Velo fahren und spielen usw. Dort können Spielstrassen oder Tempo-30-Bereiche eingerichtet werden, aber nicht auf Hauptverkehrsachsen des öffentlichen Verkehrs oder, wie es jetzt noch weiter gehen soll, auf Hauptverkehrsachsen durch die Stadt Luzern. In diesem **beantragt sie die Ablehnung dieses Postulates**; es braucht keine weitere Prüfung für weitere Tempo-30-Zonen in der Stadt Luzern.

Hugo P. Stadelmann: Die FDP ist einverstanden, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Aus ihrer Sicht ist ein Planungsbericht nicht notwendig. Mit dem Gesamtverkehrskonzept, mit dem irgendwann begonnen werden sollte, würde ja geprüft, wie zukünftig die Mobilität in der Stadt Luzern abgewickelt werden soll. Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsachsen ist für die Beruhigung der Quartiere nicht dienlich, ist doch damit zu rechnen, dass sich dadurch der Verkehr vermehrt in die Quartiere ergiesst, und das ist überhaupt nicht im Sinne der städtischen Quartiervereine. Diese werden übrigens – wie andere Institutionen und Vereine – in die Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts einbezogen. Der erste Kick-off erfolgte bereits mit Stadträtin Ursula Stämmer an der Delegiertenversammlung vom 17. Januar. Die Quartiervereine freuen sich auf diese Arbeit; und sie freuen sich auch, dass sie die Schwachstellen entsprechend einbringen können.

Markus Mächler: Auch die CVP-Fraktion ist damit einverstanden, die Motion als Postulat zu überweisen, denn ein Planungsbericht ist wirklich nicht notwendig. Die Planung des Gesamtverkehrskonzepts für die Innenstadt ist ja auf dem Wege. Es wird daran gearbeitet, und es wird darüber zu hören, zu sehen und zu lesen sein. Welche Möglichkeiten allenfalls aus ver-

kehrstechnischer Sicht sinnvoll sein könnten, kann dann im Anschluss daran politisch aufgearbeitet und beurteilt werden. Auch für die CVP-Fraktion ist es natürlich so, dass das hierarchische System zwischen den Hauptverkehrsachsen und den siedlungsorientierten Strassen erkennbar bleiben muss. Es gibt wahrscheinlich dann aber schon Möglichkeiten, und in diesem Sinne ist die Fraktion für die Überweisung als Postulat; das Denken soll man nie verbieten!

Marcel Budmiger: Die SP/JUSO-Fraktion hätte gut auch mit der Überweisung als Motion leben können, denn bis das Gesamtverkehrskonzept steht, wird es vermutlich noch ziemlich lange dauern. Sie hofft aber, dass die Wartezeit kürzer ist als beim noch länger versprochenen Freiraumkonzept, zumal es sehr sinnvoll wäre, wenn die Stadt möglichst bald wüsste, auf welchen Strassen sie Tempo 30 einführen möchte und das dem Kanton rechtzeitig sagen könnte und nicht erst, wenn eine Anfrage vom Kanton kommt und die Stadt überlegen müsste, welchen Stellenwert sie im bürgerlich geprägten Kanton hat, wenn es um Verkehrsfragen geht – Ursula Stämmer hat schon mehrmals ausgeführt, dass es dann relativ schwierig ist, noch etwas zu verhandeln. An die Adresse von Marcel Lingg sei darauf hingewiesen, dass der Verkehr mit Tempo 30 besser fließt und dabei sogar die Möglichkeit besteht, etwas schneller anzukommen. Man sollte das deshalb wirklich offen lassen und nachdenken, wo überall es Sinn macht. Gemäss dem Motto „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ wird die SP/JUSO-Fraktion der Überweisung als Postulat zustimmen.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion unterstützt die Überweisung dieses Anliegens als Postulat, dass Tempo 30 auf den innerstädtischen Hauptachsen geprüft werden soll. Die Ausführungen des Stadtrates zur Hierarchie und Priorisierung des Strassennetzes beurteilt sie kritisch; auch auf den vom Stadtrat als verkehrsorientiert deklarierten Strassen kann schon heute nur zu einzelnen Tageszeiten und nur über kurze Strecken mehr als Tempo 30 gefahren werden. Eine Priorisierung kann damit nur beschränkt ausgelöst werden. Darum bezweifelt die Fraktion auch, dass sich wegen der Temporeduktionen der Verkehr wirklich in die Quartierstrassen verschieben würde. Tempo 30 auf innerstädtischen Hauptachsen zu prüfen, wie es das Postulat verlangt, würde den Verkehrsprioritäten gemäss dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, das ja von der Bevölkerung verabschiedet wurde, Rechnung tragen. Mit Tempo 30 ist der Verkehr zudem häufig flüssiger und ruhiger unterwegs, die entsprechende Gestaltung führt zu mehr Sicherheit für die Fussgänger, die Velofahrer und auch zu mehr Ruhe für die Anwohner.

András Özvegyi dankt für die Voten und möchte noch einiges ergänzen. Zuerst zur SVP: Mit dem Postulat wird nicht gefordert, flächendeckend Tempo 30 einzuführen, sondern einzelne Strassenzüge als Beispiele zu prüfen. Warum die Ausdehnung auf Haupt- und Kantonsstrassen? Es gibt einzelne Strassenzüge, die heute schon relativ schmal sind und die Quartiere trennen. Und Christian Hochstrasser sagte es: Der Verkehrsfluss wird besser, die Sicherheit wird grösser; es ergäbe sich eine Win-win-Situation für die Gesellschaft. Der Kanton wird sicher nicht von sich aus aktiv werden; es gab ja im Kantonsrat Vorstösse zu dieser Frage. Der Sprechende schätzt die Situation so ein, dass dieser auf Gesuche aus Gemeinden zu dieser

Frage wartet. Es sind also die Gemeinden – in der Stadt Luzern also dieses Parlament – in der Verantwortung, wenn man will, dass etwas geht. In der Zwischenzeit wurde in der Zeitung eine unerklärliche Statistik von hohen Unfällen präsentiert; in der Stadt Luzern gibt es im Vergleich zu anderen Städten besonders häufig Unfälle. Die Einführung von Tempo 30 auf gewissen Abschnitten in der Innenstadt auch auf Hauptstrassen könnte da ein Lösungsansatz sein. Und noch ein weiterer Punkt: Im Moment werden sehr viele Vorschläge gemacht bezüglich Verkehr von der SP mit Vorstössen, teilweise ganz verrückte Sachen wie ein Kreisel, der sehr wahrscheinlich kostenmässig einiges zur Folge hätte – Tempo 30 hingegen wäre etwas, das nichts kostet, das einfach eingeführt werden muss und eventuell die viel bessere Lösung wäre, was aber offen gelassen werden soll. Das wird ja allenfalls das Konzept genauer sagen.

Marcel Lingg kann die Argumentation der FDP und jetzt auch von András Özvegyi nicht nachvollziehen. Sie sagen, sie seien auch nicht der Ansicht, dass man auf den Hauptstrassen Tempo 30 einführen müsse. András Özvegyi sagte zumindest, es sei nicht gemeint, dass es flächendeckend sein müsse. Die SVP-Fraktion stellt auf den Text der Motion bzw. jetzt des Postulates ab, und dort steht klipp und klar: „Wir denken dabei insbesondere an die Abschnitte (nicht abschliessend) ...“, und dann werden die wesentlichsten Hauptverkehrsachsen aufgeführt wie die Seebrücke, der Schweizerhofquai oder z. B. die Haldenstrasse. Es ist klar, bei den Grünen und bei der SP ist das Parteiprogramm, weshalb sie anderer Ansicht sind, aber wer das Postulat von bürgerlicher Seite überweist, sagt ganz klar, dass für ihn die Einführung von Tempo 30 auf der Seebrücke, am Schweizerhofquai, in der Haldenstrasse und in der Zürichstrasse vorstellbar ist. Die SVP hat damit kein Problem, denn sie kann mit der Aussage in den Wahlkampf steigen, dass sie die einzige Partei ist, die offen und ehrlich sagen kann, dass für sie Tempo 30 auch nur zur Prüfung auf der Seebrücke keine Alternative ist. Darum lehnt sie dieses Postulat ab.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass kein Antrag auf Festhalten an der Motion vorliegt. Das Postulat 225 wird an den Stadtrat überwiesen.

12. Interpellation 215, Andrea Mathys-Imhof namens der CVP-Fraktion, vom 7. Juli 2011: Hunde an die Leine

Andrea Mathys-Imhof beantragt eine kurze Diskussion. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Andrea Mathys-Imhof: Die CVP-Fraktion bedankt sich für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen. Die Antwort zeigt auf, dass das Thema Leinenpflicht vom Stadtrat wahrgenommen wird und jetzt im Zusammenhang mit dem Freiraumkonzept Allmend am runden Tisch erneut diskutiert wurde und auch Lösungen gefunden worden sind. Die Fraktion ist sich bewusst, dass sich ein grosser Teil der Hundehalter an die Regeln des Hundegesetzes hält und sich der Verantwortung gegenüber dem eigenen Tier wie auch gegenüber Menschen, anderen Hun-

den und anderen Tieren bewusst ist. Leider gibt es auch bei diesem Thema wie bei anderen, die heute diskutiert wurden, Minderheiten, in diesem Falle Personen, welche das Hundegesetz nicht kennen oder nicht anwenden wollen. Das führt zu Konflikten zwischen verschiedenen Interessengruppen. Deshalb ist positiv hervorzuheben, dass die Stadt bereits heute freiwillig Schilder „Hunde an der Leine führen“ an speziellen Brennpunkten aufhängt. Die CVP-Fraktion würde es gerne sehen, wenn dies auch in Zukunft Praxis wäre und defekte Tafeln ersetzt würden. Das Vögeligärtli ist ein gutes Beispiel dafür. Die Sprechende würde gerne wissen, weshalb die Wiese auf der Höhe Seeburg beim Churchill-Quai vor rund 20 Jahren von Franz Kurzmeyer anlässlich einer Begehung zur Hundewiese erklärt wurde und ob das heute noch gilt. Sollte diese Wiese immer noch Hundewiese sein und bleiben, wäre es wünschenswert, das auch so auszuschildern, damit sowohl bei Hundehaltern wie bei Nichthundehaltern Klarheit herrschen würde und Konflikten so vorgebeugt werden kann.

Ali Celik: Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort nicht nur die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz der Öffentlichkeit auf, sondern auch die Zuständigkeiten und das Vorgehen. Die Antworten machen deutlich, wo die Schilder im öffentlichen Raum hängen, wo nicht und weshalb nicht, wo die Hunde an der Leine geführt werden müssen und wo nicht. Ausserdem werden Spezialkontrollen durch die Luzerner Polizei durchgeführt. Diese spricht fehlbare Hundehalter an. Im Falle von Widerhandlungen gegen das Gesetz erfolgen Strafanzeigen. In der Antwort des Stadtrates kommt deutlich zum Ausdruck, mit welchen Massnahmen Naturschutzgebiete und andere schutzwürdige Gebiete geschützt werden. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen begrüsst es sehr, dass der Stadtrat die Sensibilisierung der Hundehaltenden als eine wichtige Schutzmassnahme erachtet. Gesamthaft sind die Antworten des Stadtrates zufriedenstellend.

UVS-Direktorin Ursula Stämmer-Horst hatte noch nie einen Hund und wird auch nie einen haben. Eine Zeit lang waren die Hunde im Stadtrat indirekt besser vertreten als die Frauen. Es gibt natürlich Leute, die Hunde haben, und Leute, die keinen haben und unter denen solche, die sich daran stören. Schon wenn sie einen Hund sehen, schauen sie, ob er an der Leine ist. Aber wie überall hält sich auch hier die grosse Mehrheit an die Regeln. Auf der Allmend wird es eine gute Lösung geben. Aber auch dort gibt es Extremforderungen, die nicht erfüllt werden können. Die Sprechende ist sehr dankbar, wenn das Parlament dann helfen wird. Zum Glück gibt es im Grossen Stadtrat einen verhinderten Historiker, weshalb sie zur Hundewiese bzw. dem Churchill-Quai aufklären kann, dass es nicht Franz Kurzmeyer war, sondern alt Stadtrat Bruno Heutschy, der sie zur Hundewiese erkläre. Da wären jetzt vielleicht einige Vorstösse möglich zur Frage, ob das ein Quai oder eine Parkanlage sei. Es ist nicht eine Parkanlage, sondern ein Quai, und darum gilt dort laut Gesetz keine Leinenpflicht. Die Sprechende ist froh, dass sich die Menschen bei der Haustierhaltung meist auf Hunde beschränken, so dass nicht die Gefahr besteht, dass jeder Zweite eine eierlegende Wollmilchsau spazieren führt.

Damit ist die Interpellation 215 erledigt.

- 13. Postulat 232, Edith Lanfranconi-Laube und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, vom 31. August 2011:
Zusammenarbeit zwischen Universität, Hochschule Luzern und Stadt Luzern durch einen Kooperationsvertrag stärken**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Katharina Hubacher äussert sich stellvertretend für die Postulantinnen. Die G/JG-Fraktion hat entschieden, sich mit der teilweisen Entgegennahme bzw. Überweisung zufriedenzugeben. Sie ist damit nicht wirklich glücklich, hat aber den Eindruck, dass es ein Anfang ist, und sie hofft, dass der Stadtrat noch zwei Schritte machen wird und es irgendwann vielleicht doch zu einem Kooperationsvertrag kommt. Man muss sich der enormen Ressourcen bewusst sein, die da vor Ort vorhanden sind, und alles daransetzen, sie optimal zu nützen und nicht nur suboptimal, wie das im Moment der Fall zu sein scheint. Aus der Antwort des Stadtrates ist zu entnehmen, dass schon einiges geht, aber es wäre noch mehr Potenzial da. Die Fraktion hofft, dass mit der Überweisung des Postulates der erste Schritt in die richtige Richtung getan ist.

Das Postulat 232 wird teilweise an den Stadtrat überwiesen.

- 14. Postulat 229, Katharina Hubacher namens der G/JG-Fraktion, vom 29. August 2011:
Aufgaben des Wirtschaftsbeauftragten konsequent an nachhaltiger Entwicklung ausrichten**

Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.

Katharina Hubacher: Wer dieses Postulat wirklich gelesen hat, hat wohl verstanden, dass die G/JG-Fraktion eine Verschiebung des Schwerpunkts der Aufgaben des Wirtschaftsförderers in Richtung nachhaltige Entwicklung fordert. In der Antwort des Stadtrates wird zuerst die ganze Tätigkeit des Wirtschaftsförderers dargestellt; und es wird betont, wie erfolgreich er bisher war. Erst im letzten Teil der Antwort geht der Stadtrat kurz auf die gestellte Forderung ein, und er stellt gleichzeitig fest, dass diese zusätzliche Aufgabe nicht mehr zu bewältigen wäre. So war es aber eigentlich nicht gemeint. Gemeint war von Anfang an wie gesagt eine Verschiebung des Schwerpunkts der Aufgaben des Wirtschaftsförderers, etwa so: „Wir suchen und unterstützen in der Stadt Luzern Firmen, die ihre Tätigkeit an der Nachhaltigkeit messen, die Sorge tragen zu unserer Umwelt und zu unseren Ressourcen.“ Das könnte z. B. der Leitsatz des Wirtschaftsförderers der Stadt Luzern sein. Das wäre für die G/JG-Fraktion die Richtung. In einigen Jahren werden die Forderungen nach einer grünen Wirtschaft noch viel stärker sein als heute, und dann wäre man froh, es gäbe auf dem Platz Luzern Wirtschaftsunternehmen, die sich nach diesen Kriterien ausrichten. Es gibt bereits Kantone und Städte, die sich

sehr stark an diesen Werten und der Nachhaltigkeit orientieren; es sind vor allem in der westlichen Schweiz gute Projekte aufgegleist worden. Das Wachstum kann eigentlich nicht mehr einfach am BIP gemessen werden. Es gibt zukünftig andere Indikatoren, die wichtig werden. Der Bundesrat hat im Rahmen eines Beschlusses zur grünen Wirtschaft die Verwaltung beauftragt, das BIP mit geeigneten sozialen, ökonomischen und ökologischen Indikatoren zu ergänzen. Die Einseitigkeit der Reduktion der Wirtschaft auf die Finanzen geht also dem Ende entgegen. Der Stadtrat schliesst sich im Moment in dieser Entwicklung noch aus. **Darum ist die Fraktion mit der teilweisen Überweisung nicht einverstanden.** Diese zeigt keine Veränderung auf. Der Stadtrat zeigt auf, was bis jetzt getan wurde, und dass er so weiterfahren werde.

Zum Schluss eine Frage zum Clean-Tech-Cluster, der im Rahmen des Metropolitanraums Zürich angestrebt wird: Es war schon mehrmals in Antworten auf Vorstösse zu hören, dass man sich bewirbt und dass man den Cluster gerne hier hätte. Es war aber noch nie zu hören, wie erfolgreich die Bewerbung ist, wann dies entschieden wird und was dies für Auswirkungen für die Region haben wird. Darauf hätte die Sprechende gerne eine Antwort.

Albert Schwarzenbach konzentriert sich auf die letzte der vier Seiten der Antwort, weil diese sich mit dem Postulat, das eine Reihe von interessanten Inputs hat, befasst. Er möchte es aber noch etwas breiter diskutieren als bis jetzt, indem er auf die einzelnen Punkte eingeht. Der erste Punkt ist der, dass KMU, die öffentliche Verwaltung und Hochschulen besser vernetzt werden sollten für die innovative Zusammenarbeit. Die Schweiz ist in Europa Innovationsmeister: Es gibt kein Land in Europa, in dem so viele Sachen entwickelt werden, was für die Hochschulen spricht. Aber die Schweiz ist nicht Europameister in der Umsetzung. Es wird zwar sehr viel entwickelt, kann aber dann nicht zur Marktreife gebracht werden, nicht verwirklicht werden. In diesem Punkt sind Deutschland, Finnland, Luxemburg und England besser. Die Antwort darauf ist genau die Vernetzung. Will man besser werden, muss tatsächlich versucht werden, das, was in diesem Satz steht, umzusetzen. Es muss eine Aufgabe sein, solche Netzwerke herzustellen, damit das, was die Schweiz schon ist, nämlich Innovationseuropameister, wirken kann. Der zweite Punkt ist die Netzwerkarbeit mit den lokalen Wirtschaftsverbänden und die unterstützende Beratung. Das ist eigentlich die Bestandspflege, wie man sie sich vorstellt. Es muss so sein, dass die bestehenden KMU kurze und einfache Wege haben; das One-Stop-Shop-Prinzip ist damit gemeint und Kundenfreundlichkeit. Und wenn man noch die Start-up-Unternehmen dazunimmt, kommt man zur Frage, was ein Wirtschaftsförderer leisten kann.

Vor etwa zehn Jahren gab es ein Konzept: „Wirtschaftsoffensive in Luzern“, in dem stand, was der Wirtschaftsförderer alles hätte tun sollen. Man fand dann heraus, dass eigentlich der Kanton sehr viele dieser Aufgaben übernehmen müsste. Es wurde sehr viel dem Kanton abgetreten, und der Wirtschaftsförderer kümmerte sich nachher um das Gastrokonzept des Mühlenplatzes, den Plan Lumière und den Preis des ALI-Fonds. Jetzt ist er wieder auf dem Weg zu seiner ursprünglichen Idee, was er eigentlich tun müsste. Und diese ursprüngliche Idee ist vielfältig – das sind die Punkte 3 und 4 – und hat selbstverständlich einen Schwerpunkt, muss sie haben, denn die Energiefrage ist ein Megathema, das alle interessieren muss. Zu den Punkten

3 und 4 sieht der Sprechende ja gern, dass ein Dienstleistungspaket, eine Offerte, für die Firmen entwickelt worden ist, und ihn würde interessieren, was dabei konkret herauschaut. Das Gleiche beim Clean-Tech-Cluster im Metropolitanraum, über den schon mehrfach gesprochen wurde: Hier möchte der Sprechende wissen, was es für ein Zeitfenster gibt, denn wenn man so etwas hier einrichten könnte, hätte man genau die Basis, um dieses Anliegen mindestens zum Teil entgegenzunehmen. In der Gesamtheit ist die CVP-Fraktion mit dem Stadtrat einverstanden, wenn er das Postulat teilweise entgegennimmt. Sie sieht aber nicht, wie die riesige Palette von Aufgaben, welche der Wirtschaftsförderer mit seinem kleinen Pensum bewältigen sollte, erledigt werden kann, wenn man ihm jetzt noch das Postulat draufpackt. Die Fragen sind gestellt, auf die Antworten ist die Fraktion gespannt, und sie möchte diese auch noch etwas verfolgen können.

Auch bei **Daniel Furrer** hat das Lesen der Stellungnahme des Stadtrates etwas Stirnrunzeln verursacht, und er sieht sich veranlasst, grundlegend einige Punkte aufzugreifen. Liest man die Stellungnahme, ist man zuerst einmal erstaunt über die umfangreiche Zuständigkeit von Herrn Peter Bucher und fragt sich, wie er das mit einem 75-%-Pensum bewältigen kann. So soll er zuständig sein für die Entwicklung von Schlüsselarealen, die Errichtung von Businesszonen, die Ausschreibung von Investorenwettbewerben, die Förderung von attraktivem Wohnraum und für Verkehrsprojekte. Sehr aufschlussreich ist auch die Statistik über die Steuerkraft von Unternehmen. Die Wichtigkeit der Ansiedlung grosser Unternehmen wird mit den hohen Steuererträgen begründet. Das ist eine Möglichkeit, wie man diese Statistik interpretieren kann. Die andere ist, dass nur gerade fünf Firmen für 50 Prozent der Steuereinnahmen verantwortlich sind. Das ist ein erhebliches Klumpenrisiko. Im Gegensatz dazu haben die KMU zwar eine geringere Steuerkraft, aber sie generieren in der Summe eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und somit auch von Steuereinnahmen.

Nach Meinung der SP/JUSO-Fraktion sind hier die Prioritäten falsch gesetzt, weil eine nachhaltige Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene bedeutet, sich besonders um die Entwicklung und Stabilität von kleinen und mittleren Unternehmen zu kümmern. Die KMU sind das Rückgrat. Sie leisten einen grossen Beitrag zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität, und sie bilden ein starkes Gegengewicht zu den multinationalen Konzernen mit ihren globalen wirtschaftlichen Verflechtungen und Einflüssen. Die grossen Unternehmen gehören hinsichtlich Wachstum zwar zu den dynamischsten Gruppen. Aber sie sind auch tiefgreifenden und raschen Änderungen unterworfen – heute in Luzern, morgen in Paris, London oder in Singapur.

Der Wirtschaftsbeauftragte der Stadt Luzern sollte darum den Fokus auf die folgenden Punkte legen, die zum Teil schon genannt worden sind: auf Hilfestellung beim Umgang mit und beim Zugang zu den Behörden, auf den Abbau von administrativen Hürden, auf die Vernetzung von Unternehmen untereinander und auf die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Ökologische Aspekte im Bereich Wirtschaftsförderung, wie sie im Postulat gefordert werden, sind dabei unbedingt zu unterstützen, und in diesem Bereich liegt auch mit einem 75-%-Pensum durchaus mehr drin. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt darum das Postulat der Grünen. Sie möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass die umfassende wirtschaftli-

che Nachhaltigkeit nicht „nur“ Ökologie beinhaltet, sondern wichtig sind auch ökonomische und soziale Aspekte. Die ökonomische/wirtschaftliche Dimension bedeutet für die Unternehmen z. B. einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad, die langfristige finanzielle Absicherung bzw. die Absicht, langfristig sich auf dem Markt zu bewegen. Soziale Nachhaltigkeit bedeutet faire Arbeitsbedingungen, gerechte Entlohnung und Engagement für die Gesellschaft. Nachhaltige Entwicklung in diesen drei Dimensionen kann selbstverständlich unmöglich allein die Aufgabe einer Person mit einem 75-%-Pensum sein. Aber der Wirtschaftsbeauftragte kann und soll diesbezüglich Impulse setzen und Unternehmen wie Behörden positiv beeinflussen.

Manuela Jost: Auch die GLP-Fraktion unterstützt das Anliegen der Postulantin. Die Fraktion war etwas erstaunt über die Antwort, weil die Postulantin explizit eine Anpassung bzw. eine Integration in das Pflichtenheft des Wirtschaftsförderers fordert. Die Fraktion hatte den Fokus auch auf Seite 4 der Antwort, weil dort eigentlich die Antwort kommt. Und dann schreibt der Stadtrat, er könne die Priorisierung so nicht aufnehmen, bzw. die Fokussierung. Wenn die Sprechende die Postulantin richtig verstanden hat, will diese eine Integration, eine Ergänzung, und das ist ein Unterschied. Es ist ein absolut legitimes und wichtiges Anliegen. Ein zweiter Punkt: Was auch nicht ganz nachvollziehbar ist, sind die Aussagen bezüglich Start-ups. Die Sprechende führt viele Gespräche mit Studentinnen und Studenten, die gerne ein Start-up gründen würden. Es ist fast arrogant, wenn man schreibt, sie sollen sich an die Wirtschaftsförderungstiftung Luzern wenden, wenn man weiss, wie teuer das ist. Wenn es über die ganz einfache Erstberatung hinausgeht, kostet das wirklich sehr viel, und das können sich junge Start-ups, die im Energie- und Umweltbereich engagiert sind, als Startinvestition einfach nicht leisten. Da hat die Stadt Luzern schon die Verantwortung, dass auch Start-ups ernst genommen werden und dass sie eine gewisse spezifische Beratung dieser jungen Unternehmen wahrnimmt.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion unterstützt die Antwort des Stadtrates inhaltlich und kann sie nachvollziehen, kommt aber zu einer anderen Schlussfolgerung betreffend das parlamentarische Vorgehen. So wie der Stadtrat die Antwort formuliert hat, hätte er sich eigentlich konsequenterweise nicht für die teilweise Überweisung aussprechen, sondern das Postulat sogar ganz ablehnen müssen. Das tut jetzt die SVP-Fraktion: **Sie beantragt das Postulat ganz abzulehnen.** Sie hätte das auch beantragt für den Fall der teilweisen Überweisung, die aber gar nicht mehr zur Diskussion steht, weil die Postulanten an der vollständigen Überweisung festhalten.

Finanzdirektor Stefan Roth: Der Stadtrat hat versucht, in der Antwort aufzuzeigen, dass die Vielfältigkeit des Beauftragten für Wirtschaftsfragen unglaublich breit ist. Es ist ihm ein Anliegen, dessen Aufgabentätigkeit einzuengen und dort anzusetzen versuchen, wo sich bei diesem Pensum auch eine entsprechende Hebelwirkung ergibt. Es ist nicht so, dass der Beauftragte für Wirtschaftsfragen ausschliesslich für Wirtschaftsangelegenheiten tätig ist, sondern er unterstützt auch die anderen Direktionen und Abteilungen. Alle vier Direktionen leisten im Bereich

der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft wesentlich eigene Akzente, und die unterstützt Peter Bucher.

Das Klumpenrisiko wurde angesprochen. Die 80/20-Regel, das heisst, dass 20 Prozent der Unternehmen 80 Prozent des Steuersubstrates ausmachen, ist eine Tatsache, und die gilt bei den natürlichen Personen genauso. Es braucht einen guten Mix. Der Stadtrat setzt sich auch für die KMU ein, das heisst mit anderen Worten z. B., dass das Göttisystem, das im Stadtrat eingeführt wurde, nicht nur auf die fünf grössten Unternehmen fokussiert ist, sondern der Stadtrat geht bei konkreten Anliegen auch proaktiv auf die klassischen KMU zu, besucht sie, nimmt Kontakt mit ihnen auf und versucht, deren Anliegen aufzunehmen. Es ist geplant, mehr Ressourcen dafür einzustellen, was im Moment aber wegen des Budgetreferendums sistiert ist. Der Stadtrat schlägt die teilweise Überweisung vor, weil er bereit ist, das Anliegen der Postulantin aufzunehmen; er sieht zum heutigen Zeitpunkt aber keine Fokussierung auf die drei oder vier Anliegen, die im Postulat enthalten sind. Schon heute werden in diesen Bereichen teilweise Akzente gesetzt, und darum ist er einverstanden mit der teilweisen Überweisung und damit Überprüfung, ob eine Verlagerung möglich ist. Er hat das Postulat so interpretiert, dass es eine Fokussierung auf die neuen Anliegen in den vier Punkten ist. Katharina Hubacher sagte nun, dass es eine Verschiebung sei; der Stadtrat sieht die vorgeschlagene Fokussierung auf diese Punkte nicht.

Die Start-ups wurden angesprochen. Dazu ist zu sagen, dass der Stadtrat im Jahr 2008, nachdem die kantonale Wirtschaftsförderung gegründet wurde, die städtische Wirtschaftskommission bewusst aufgelöst und in der Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Wirtschaftsförderung klar festgelegt hat, dass diese für die Start-ups zuständig ist. Andernfalls müsste der Grosse Stadtrat entsprechende Mittel bewilligen. Es ist klar, dass Peter Bucher und auch die Stadträte, wenn sie unterwegs sind, die Anliegen aufnehmen und Hand bieten für Lösungen, dass sie bei der Wirtschaftsförderung eine Erstberatung erhalten. Der Stadtrat trägt also aus seiner Sicht dem Anliegen der Postulantin Rechnung, sieht jedoch keine Fokussierung. Er möchte die Ressourcen vor allem dort einsetzen, wo er sich eine entsprechende Hebelwirkung verspricht.

Im Raum ist noch die Frage zur Bewerbung von InnovationsTransfer Zentralschweiz. Der Stadtrat hat diese übrigens bewusst dieser Institution weitergegeben, weil es nicht nur ein städtisches Anliegen ist, sondern es geht ja auch um die Vernetzung mit den Hochschulen und den Fachhochschulen. Darum ist es zielführend, dass sich das ITZ bewirbt. Die Frist dafür läuft im zweiten Quartal 2012 ab, und der stadträtliche Sprecher wird gerne zum gegebenen Zeitpunkt, wenn sich das konkretisiert hat, beispielsweise in der GPK aufzeigen, wo man steckt. Er setzt alles daran, damit die Stadt Luzern da zum Zuge kommt, denn das wäre ein Impulsgeber. Es wird ohnehin versucht, in der Metropolitanregion Zürich gewisse Akzente zu setzen, denn es ist möglich, dort Impulse zu setzen, auch wenn Luzern nur am westlichsten Rand dieses Raums liegt. Über das Resultat und die konkreten Auswirkungen wird der Sprechende die GPK zum gegebenen Zeitpunkt sehr gerne informieren.

Ratspräsidentin Korintha Bärtsch stellt fest, dass die Postulantin am Postulat festhält.

Thomas Gmür: Albert Schwarzenbach hat im Namen der CVP-Fraktion Fragen gestellt. Die Fraktion hätte sich vorstellen können, das Postulat teilweise zu überweisen. Nachdem die Postulantin aber an der vollständigen Überweisung festhält, lehnt es die Fraktion vollständig ab.

Das Postulat 229 wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 17.35 Uhr

Der Protokollführer:



Oswald Stalder

Eingesehen von:



Hans Büchli

Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat